

**AUSSCHUSS FÜR WIRTSCHAFT UND WÄHRUNG**

**WÄHRUNGSDIALOG MIT JEAN-CLAUDE TRICHET,**  
**PRÄSIDENT DER EZB**  
**(gemäß Artikel 113 Absatz 3 des EG-Vertrages)**

**BRÜSSEL, MITTWOCH, 21. JANUAR 2009**

3-003

**VORSITZ: PERVENCHE BERÈS**

*(Die Sitzung wird um 10.30 Uhr eröffnet.)*

3-004

**Die Vorsitzende.** – Als Erstes möchte ich dem Präsidenten Trichet für seine Teilnahme an diesem Währungsdialog danken, der mittlerweile fast schon eine Institution ist.

Die beiden Themen, die wir für diesen Meinungsaustausch vorgeschlagen hatten, waren: „Stehen wir vor der Gefahr einer Deflation oder Stagflation?“ und „Wie ist die internationale Finanzarchitektur neu zu strukturieren?“.

Ich bitte Sie, Herr Präsident, etwa zehn Minuten lang Ihre Einleitungsrede zu halten. Danach geht es mit dem Verfahren weiter, das Sie zur Genüge kennen.

3-005

**Jean-Claude Trichet, Präsident der Europäischen Zentralbank.** – Sehr geehrte Vorsitzende, sehr geehrte Mitglieder des Wirtschafts- und Währungsausschusses, ich freue mich sehr über diesen ersten Meinungsaustausch des Jahres 2009 mit Ihrem Ausschuss. Dieser Austausch findet nur wenige Tage nach dem Treffen des Rates der Gouverneure vom 15. Januar über die Währungspolitik statt. Außerdem war ich am letzten Dienstag in Straßburg bei der Plenarsitzung zum 10. Jahrestag des Euro – und das sage ich ganz offen und ehrlich – sehr froh, die Unterstützung Ihres Parlaments gegenüber dem Euro und der EZB zu spüren.

Heute werde ich meinen Beitrag nach alter Tradition mit einer Bewertung der Wirtschafts- und Währungslage beginnen und dabei die Gründe erläutern, die unseren jüngsten Entscheidungen zum Zinssatz zugrunde lagen.

3-006

Im Anschluss daran möchte ich einige Worte zum Preisausblick sagen, wie er sich im Eurogebiet darstellt. Und schließlich werde ich auf Fragen der internationalen Finanzarchitektur eingehen. Dieses Thema wird in den nächsten Monaten gewiss noch weiter an Bedeutung gewinnen.

3-007

Zuerst zu den ökonomischen und monetären Entwicklungen. Seit ich am 8. Dezember zuletzt vor dem Europäischen Parlament gesprochen habe, haben sich die wirtschaftlichen Aussichten in der Eurozone weiter verschlechtert, und die Inflation hat weiter abgenommen. Im Dezember 2008 lag die Inflationsrate bei 1,6 %. Darüber hinaus haben sich inflationäre Auswüchse und Risiken weiter verringert.

Wenn wir unsere Geldpolitik aus der geeigneten mittelfristigen Perspektive und unter Berücksichtigung unserer eigenen politischen Entscheidungen, insbesondere der letzten, betrachten, erwarten wir, dass die Inflation in der Eurozone über den politikrelevanten Horizont hinaus im Rahmen unserer Definition von Preisstabilität bleibt. Risiken für die Preisstabilität werden nach Ansicht des EZB-Rates mittelfristig weithin ausgeglichen.

Hinsichtlich der ökonomischen Entwicklung haben sich die Turbulenzen des Finanzsystems seit September letzten Jahres verstärkt und ausgeweitet. Die Spannungen greifen mehr und mehr vom Finanzsektor auf die Realwirtschaft über. In Zukunft wird die Nachfrage sowohl auf globaler Ebene als auch in der Eurozone wahrscheinlich für längere Zeit erheblich gedämpft sein. Gleichzeitig sollten die abnehmenden Inflationsraten in der vor uns liegenden Zeit das real verfügbare Einkommen stützen, und die Wirtschaft in der Eurozone sollte von den breit gestreuten und weit reichenden politischen Maßnahmen profitieren, die in den letzten Wochen getroffen worden sind.

Dieser Ausblick bleibt allerdings nicht frei von ungewöhnlich hoher Unsicherheit. Insgesamt bleiben die Risiken für das Wirtschaftswachstum dem Blick noch verborgen. Sie beziehen sich hauptsächlich auf das Potential einer stärkeren Auswirkung der Turbulenzen des Finanzsystems auf die Realwirtschaft, auf Sorgen über das mögliche Auftauchen und die Intensivierung protektionistischer Maßnahmen sowie auf mögliche Fehlentwicklungen der Weltwirtschaft aufgrund nicht regelgerechter Korrekturen globaler Ungleichheiten.

Um ein sicheres Fundament für nachhaltiges Wachstum legen zu können, sollten alle betroffenen Parteien ihrer jeweiligen Verantwortung gerecht werden. In dieser Hinsicht ist es unabdingbar, in der makroökonomischen Politik Disziplin und eine mittelfristige Perspektive zu bewahren. Einen stabilitätsorientierten und nachhaltigen Politikansatz anzustreben ist der beste Weg, Vertrauen

zu erhalten und zu stärken. Die bedeutenden Maßnahmen, die die Regierungen gegen die Finanzmarkturbulenzen getroffen haben, sollten das Vertrauen in das Finanzsystem stützen und Beschränkungen für die Kreditvergabe an Unternehmen und Haushalte lindern.

Die monetären Trends in der Eurozone stützen die Ansicht, dass der Inflationsdruck abnimmt. Insbesondere neueste Anzeichen bestätigen eine gemäßigte Geldmengenexpansionsrate. Der EZB-Rat hat sein Vorhaben bekräftigt, die Inflationserwartung strikt im Rahmen ihrer Definition der Preisstabilität von knapp unter 2 % zu halten. Dies unterstützt nachhaltig Wachstum und Beschäftigung und trägt zur Finanzstabilität bei.

Vor diesem Hintergrund hat der EZB-Rat letzte Woche entschieden, den Zinssatz für die wichtigsten Refinanzierungsvorgänge im Euro-System um weitere 50 Basispunkte auf 2 % zu reduzieren, wodurch die Gesamtreduzierung seit dem 8. Oktober 2008 nun 225 Basispunkte beträgt.

Ich werde nun die mittelfristigen Aussichten für die Preisentwicklungen in der Eurozone und insbesondere den aktuell zu beobachtenden Vorgang der Desinflation näher betrachten. Dabei komme ich auf den ersten Punkt zurück, den Sie gerade erwähnt haben, Frau Vorsitzende. Hierbei ist es unabdingbar, eine klare Unterscheidung zwischen Desinflation und Deflation zu treffen.

Desinflation ist der Prozess fallender Inflationsraten. Dieser Prozess beruht häufig auf kostensparenden Entwicklungen auf der Angebotsseite oder aus Verbesserungen der Geschäftsbedingungen. Solche Ereignisse gehen manchmal Hand in Hand mit schlagartig sinkender Nachfrage, wie es zur Zeit der Fall ist. Sie sind allerdings von Natur aus harmlos, und zwar, weil sie die Realeinkommen stützen. Im aktuellen Zusammenhang sind wir Zeugen eines Desinflationsprozesses in der Eurozone, hauptsächlich als Ergebnis eines starken Rückgangs der Preise für Öl und Gebrauchsgüter.

Insofern handelt es sich also um eine willkommene Entwicklung. Die Preissteigerung für Öl und Gebrauchsgüter, die 2007 begann und bis Mitte 2008 dauerte, wirkte sich sowohl inflationär als auch kontraktiv aus. In der Konsequenz wirkt sich der zuletzt zu beobachtende Rückgang dieser Preise sowohl desinflationär als auch expansiv aus. Der Preis für Kraftfahrzeugkraftstoffe z. B. ist im Dezember 2008 gegenüber dem Vorjahr um 15,4 % gefallen. Sein Anteil von fast 5 % am HVPI-Warenkorb erklärt einen bedeutenden Anteil am kürzlichen Inflationsrückgang.

Wenn solche vorteilhaften Entwicklungen auf der Angebotsseite besonders heftig ausfallen, kann die Desinflation in manchen Fällen sogar zeitweise zu negativen Inflationsraten führen. Deshalb ist es unter solchen Umständen sehr wichtig, die mittelfristigen Inflationserwartungen zuverlässig niedrig zu halten.

Ein Deflationsprozess ist dagegen ein dauerhafter und sich selbst verstärkender Rückgang einer ganzen Reihe von Preisen. Diese Spirale wird durch die Annahme, dass die Preise in der Zukunft weiter fallen werden, in Gang gehalten. Solche negativen Inflationserwartungen bedeuten, dass Investitionen und Verbrauchernachfrage zurückgestellt werden, was eine zweite Runde des Nachfragerückgangs bewirkt und den Preisdruck nach unten immer weiter verstärkt.

Gegenwärtig besteht keine Deflationsgefahr. Die feste Verankerung der Inflationserwartungen, der wir uns so vollständig verpflichtet haben, stellt die stärkste und beruhigendste Sicherung gegen jedes Risiko einer Abwärtsspirale von Inflation und Inflationserwartungen dar.

Auf der Grundlage all dieser Überlegungen werden Sie verstehen, dass wir uns nach unserer Analyse in einem Prozess der Desinflation befinden, der hauptsächlich auf einem starken Preisfall bei Öl, Energie und Gebrauchsgütern beruht.

Ich komme nun zum zweiten Punkt, der nach Angaben der Vorsitzenden ausgewählt wurde, nämlich der internationalen Finanzarchitektur. Meiner Ansicht nach ist die Fragilität des globalen Finanzsystems, mit der ich seine fehlende Stabilität meine, die sich in den Turbulenzen der letzten Zeit gezeigt hat, nicht akzeptabel. Wir müssen aus dieser Krise ohne Selbstzufriedenheit alle Lehren ziehen und dabei berücksichtigen, dass alle Elemente des Systems deutlich verbessert werden müssen: die Qualität des Risikomanagements, das Liquiditätsmanagement, die gesamte Stabilität privater Institutionen sowie die Transparenz der Finanzmärkte und der finanziellen Instrumente.

Wie ich bereits bei früheren Anhörungen vor diesem Ausschuss unterstrichen habe, spricht dies unserer Ansicht nach für mehr Transparenz ohne Rücksicht auf angestammte Interessen, zum zweiten entgegen den letzten Trends für weniger Kurzfristigkeit in den Entscheidungsprozessen, drittens schließlich für eine systematische Beseitigung der prozyklischen Aspekte unserer rechtlichen, aufsichtsrechtlichen, buchhalterischen und steuerlichen Regeln, die die für die Funktion unserer Marktwirtschaften typischen Fluktuationen beachtlich verstärken.

Das Forum für Finanzmarktstabilität hat die Hauptziele solcher Reformen benannt. Was wir jetzt brauchen, ist strategischen Durchblick und, wo es angebracht ist, große politische Energie, um beträchtlichen angestammten Interessen entgegenzuwirken. Die G20 und der IWF sind in dieser Hinsicht entscheidend und werden es auch bleiben.

Aber eine bessere Funktionsweise der Finanzsphäre reicht nicht aus. Wir brauchen außerdem eine mittel- und langfristig nachhaltige makroökonomische Politik. Insbesondere müssen wir das Entstehen großer interner

und globaler Ungleichheiten verhindern, die zu einem großen Teil die Wurzel der gegenwärtigen Probleme sind. Eine wirksame Überwachung der makroökonomischen Politik der größeren Wirtschaftssysteme ist unbedingt notwendig. Nur der IWF kann diese Entscheidungsfunktion ausüben, vorausgesetzt, sein Mandat wird gestärkt.

Was die institutionelle Einrichtung angeht, benötigen wir zwei bedeutende Veränderungen: Erstens erfordert die internationale Finanzarchitektur eine Stärkung der informellen Zusammenschlüsse, insbesondere des Forums für Finanzstabilität (FSF) und der G20. Das FSF ist insofern einmalig, als es alle Behörden und Institutionen verknüpft, die einen systembedingten Einfluss auf die Finanzmärkte haben, während es sehr dezentralisiert und unabhängig von der politischen Sphäre vieler seiner Teilnehmer agiert.

Die nötige Stärkung des FSF ist entscheidend. Besonders wichtig in Zeiten einer globalen Krise ist außerdem die neue Autorität der G20, die im Vergleich mit der G7 ein durchaus informeller Zusammenschluss ist. Diese wiederum ist weiterhin sinnvoll, wenn die Turbulenzen aus den industrialisierten Ländern selbst kommen.

Zweitens sollte zusätzlich zur Stärkung des Aufsichtsmandats des IWF die Lenkung der internationalen Finanzinstitutionen, insbesondere des IWF, aber auch der Weltbank, effektiver und repräsentativer werden. Insbesondere die vollständige Vertretung der aufstrebenden Marktwirtschaften, entsprechend ihrer Bedeutung in der globalen Wirtschaft, ist unverzichtbar.

Bevor ich diese kurzen einführenden Bemerkungen beende, möchte ich noch zwei Punkte betonen. Erstens im Hinblick auf die Politik in der Eurozone: Dauerhafte Lohnwachstumsunterschiede aufgrund struktureller Ineffizienzen oder fehlgerichteter nationaler Politiken, u. a. der Lohnfestlegungspolitik, könnten negative Auswirkungen auf die preisliche Wettbewerbsfähigkeit einzelner Staaten haben. Nationale Behörden haben die Verantwortung, sich mit den in den letzten Jahren angehäuften Verlusten der Wettbewerbsfähigkeit zu befassen, indem sie Strukturreformen auf den Weg bringen und für moderatere Preis- und Lohnentwicklungen sorgen.

Hinsichtlich der Finanzpolitik begrüßen wir die Bekräftigung des Europäischen Rates, sich für nachhaltige öffentliche Finanzen zu engagieren. Die aktuelle ökonomische Situation verlangt Umsicht bei der Verabschiedung extensiver finanzstimulierender Maßnahmen und Berücksichtigung der besonderen finanzpolitischen Situation des jeweiligen Landes. Wie ich schon vorher erwähnte, können die Länder sämtlichen durch den Stabilitäts- und Wachstumspakt gewährten Raum nutzen – aber auch nur den Raum, den der Pakt wirklich zulässt. Die erheblichen finanzpolitischen Lockerungen und die damit einhergehende Zunahme der Staatsverschuldung sollte in

keinem Fall die Unterminierung des öffentlichen Vertrauens in die Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen und damit eine Schmälerung der Effektivität des steuerlichen Anreizes riskieren.

Ich möchte auch noch ein Wort zur finanziellen Aufsicht sagen. Die Finanzkrise hat die Bedeutung der Lösung von Problemen im Bereich der umfassenden und koordinierten Finanzaufsicht, sowohl auf globaler als auch auf europäischer Ebene, noch stärker hervorgehoben.

Auf europäischer Ebene hat die Krise verdeutlicht, wie sehr eine Analyse von Langzeitlösungen für die Struktur der Aufsicht vonnöten ist. Der Vorschlag, den der hochrangige Ausschuss unter Vorsitz von Jacques de Larosière machen wird, wird sicherlich ebenso ein wichtiger Beitrag zu den politischen Diskussionen sein wie die Vorschläge, die das Europäische Parlament ins Auge gefasst hat.

Zu den möglichen Optionen: Wie bereits schon einige Abgeordnete des Parlaments hervorgehoben haben, erwähnt Artikel 105(6) des Vertrags explizit die Möglichkeit der Mitgliedstaaten, spezifische Aufgaben im Bereich der Finanzaufsicht auf die EZB übertragen zu können. Es sind bereits Überlegungen im Gange zur speziellen Rolle, die die EZB und ihr Rat übernehmen könnten, falls diese Vertragsbestimmung aktiviert werden sollte. Zu diesem Zeitpunkt hat der Rat noch keine Position zu diesem Thema bezogen. Ich werde es sicherlich nicht versäumen, Sie über die Ergebnisse seiner Überlegungen zu informieren.

3-008

**Die Vorsitzende.** – Danke, Herr Präsident.

Artikel 105 Absatz 6 gewährt dem europäischen Parlament in diesem Bereich ein Zustimmungsrecht. Wir werden daher aufmerksam zuhören.

3-009

**Jean-Paul Gauzès (PPE-DE).** – Vielen Dank, Herr Präsident, für Ihre Anmerkungen. Ich möchte Sie gerne auf drei Punkte hinweisen und Ihnen drei Fragen stellen. Die erste: Sie haben die Feierlichkeiten anlässlich des 10. Jahrestages des Euro in der vergangenen Woche in Straßburg angesprochen. Die Schlagzeilen in der Presse an diesen Tagen lauteten: „Explodiert mit der Krise auch der Euro?“ Kann eine starke Botschaft vermittelt werden, um das, was möglicherweise vor einer Woche gesagt wurde, zu untermauern und gleichzeitig eher unnütze Debatten zu vermeiden?

Zweiter Punkt: Ich habe mit Interesse Ihren Beitrag auf dem Kolloquium vom 19. Januar in Paris über die Unterschätzung der Risiken im Finanzbereich gelesen. Könnten Sie uns sagen, was Ihrer Meinung nach die Blindheit ausgemacht hat bzw. was die Ursache dieser Blindheit war, da Sie ja, wie andere auch, auf die Risiken in diesem Bereich hingewiesen haben?

Und schließlich die letzte Frage: Die Blockade bei der Kreditvergabe hält nach wie vor an. Trotz der beachtlichen Bemühungen der EZB und dann auch der Mitgliedstaaten kommt der Kredit nicht an. Und das bringt große Schwierigkeiten für die Wirtschaft und für die Unternehmen mit sich, und zwar insbesondere für die kleinen und mittelständischen Betriebe. Sehen Sie irgendwelche Möglichkeiten, dass die ergriffenen Maßnahmen schneller Wirkung zeigen, und wenn ja, welche?

3-010

**Jean-Claude Trichet, Präsident der Europäischen Zentralbank.** – Zu Ihrer ersten Frage kann ich Ihnen ganz klar sagen, dass der Euro und die Eurozone sich ganz im Gegenteil als sehr stark und gut gegen die Krise, wie von allen Beobachtern festgestellt wurde, gewappnet erwiesen haben. Natürlich stehen alle Währungen weltweit aufgrund der derzeitigen Umstände und der finanziellen Turbulenzen unter Druck, und ich kann Ihnen sagen, dass sich ausnahmslos alle Währungen der Welt dieser Herausforderung stellen müssen. Dies gilt für alle verwandten Währungen, zu denen wir in Beziehung stehen, und sicherlich für den Dollar und das Pfund Sterling und für alle anderen Währungen auch. Ich muss daher ganz einfach sagen, dass diese Aussagen, die Sie hier zitiert haben, mir völlig abwegig erscheinen. Natürlich müssen wir die Dinge weiterhin so gut wie möglich angehen; d.h. zum einen von unserer Seite aus die Euro-Währungspolitik, und zum anderen, was alle betroffenen Regierungen angeht, ihre jeweilige Wirtschaftspolitik. Sie sind gleichzeitig für eine Politik der strukturellen Reformen, für Kostensenkungen in ihren Wirtschaften, so weit sie die Kosten beeinflussen können, und natürlich auch für die Haushaltspolitik verantwortlich.

Zu Ihrer zweiten Frage: Ich glaube tatsächlich, dass wir vor Beginn der finanziellen Turbulenzen im August 2007 eine bestimmte Phase durchgemacht haben, in der sowohl das Ausmaß als auch der Preis der Risiken in der internationalen Finanzwirtschaft unterschätzt wurden. Darauf wurde auch öffentlich mehrfach von bestimmten Behörden, u.a. von den Zentralbanken und übrigens auch von mir selbst hingewiesen in meiner Funktion als Präsident der Gruppe der zehn Zentralbanken und des *Global Economy Meeting* – des Treffens der internationalen Wirtschaft –, bei dem ich mit meinen Kollegen zusammenkomme, um die Probleme der Weltwirtschaft zu besprechen.

Wir haben öffentlich darauf hingewiesen, dass wir das Gefühl hatten, dass diese Risiken unterschätzt werden. Dafür gibt es nicht nur einen Grund, sondern viele: die Komplexität der Finanzinstrumente, ihre Undurchsichtigkeit – darum betone ich immer wieder das Bedürfnis nach Transparenz. Mehrere Märkte sind zusammengebrochen, denen es selbst an Transparenz fehlt und die damit zu diesem so ungewöhnlichen Risiko beigetragen haben. Außerdem haben gewisse makrofinanzielle und makroökonomische Entwicklungen auf internationaler Ebene, insbesondere

der Anstieg der Öl- und der Rohstoffpreise, zusätzlich eine – erzwungene – Erparnis in der Weltwirtschaft mit sich gebracht, was zahlreiche Investoren dazu verleitet hat, sich systematisch auf die Suche nach höheren Renditen mit entsprechend hohem Risiko zu machen. Kurzum, dies sind ein paar Gründe, aber längst nicht alle. Da sind noch viele andere Gründe und selbstverständlich kann man eine gewisse Blindheit aller Akteure auf diesen Märkten, der Marktteilnehmer und der betroffenen Institutionen, nicht leugnen. Die Ursachen sind vielschichtig, und genau darum bestehe ich darauf, dass umfassende Reformen notwendig sind. Es darf nichts im Dunkeln bleiben, man sollte nicht einfach einen Sündenbock suchen, denn das hieße nur, sich auf bestimmte Aspekte zu konzentrieren und dabei andere auszulassen. Alles muss ganz aus der Nähe betrachtet und korrigiert werden, das ist meine Meinung.

Zum letzten Punkt: Es geht hier tatsächlich um eine wichtige Frage, nämlich um den normalen Finanzbetrieb. Die Europäische Zentralbank und die anderen Zentralbanken haben beachtliche Anstrengungen unternommen. Auch die Regierungen haben beachtliche Bemühungen unternommen, und zwar schnell, und ich glaube, dass das unter den derzeitigen Bedingungen sehr wichtig ist. Ich bin mir nicht sicher, ob alle Marktteilnehmer das Ausmaß aller Maßnahmen, die ergriffen wurden und noch ergriffen werden, weil man weiterhin sehr aufmerksam in diesem Bereich sein muss, vollständig erkannt haben. Wie schon gesagt, glaube ich, dass es wichtig ist, dass sich alle Institutionen und alle Marktteilnehmer ihrer Verantwortung bewusst sind; das gilt natürlich ganz besonders für die Banken.

3-011

**Gay Mitchell (PDE-DE).** – Mir erscheint die letzte Zinssenkung sehr zurückhaltend, obwohl dies reine Spekulation ist und ich es in keiner Weise genau wissen kann, aber wir können uns glücklich schätzen, eine Institution wie die EZB zu haben, die fähig ist, mit dieser Situation umzugehen. Ich glaube – und Sie haben dies auch in ihren Ausführungen bereits erwähnt –, dass die Wiederherstellung des Vertrauens der Schlüssel ist. Dafür ist es unabdingbar, dass die Banken zeigen, dass sie Vertrauen ineinander haben, und dies in den Zinssätzen reflektiert wird, die sie einander berechnen. Dies sollte zu einer Schlüsselkomponente Ihrer Strategie werden und ich wäre sehr interessiert daran, von Ihrer Zuversicht im Hinblick darauf zu hören.

Sie haben früher in diesem Monat über die Wiederbelebung gesprochen – und ich war erfreut darüber, dass Sie es taten. Es ist Zeit, dass wir über Wiederbelebung sprechen. Es wird sie geben. Wir wissen nicht, wann sie kommt, aber wenn wir nicht über sie sprechen, werden wir nicht auf sie vorbereitet sein und ihre Ankunft nicht beschleunigen können. Es besteht eine Chance für uns, wenn diese Wiederbelebung kommt, und ich denke, wir sollten darüber sprechen, wie wir uns gegenüber dieser Wiederbelebung positionieren, z. B. hinsichtlich der Wettbewerbsfähigkeit.

Ja, wir müssen mit der Krise umgehen, aber lassen Sie uns zeigen, dass wir eine Vision dessen haben, was passiert, wenn diese Wiederbelebung kommt. Ich hoffe, dass sie eher früher als später kommt. Ich denke, was zu ihr verhilft, ist, dass die Banken beginnen, Vertrauen ineinander zu zeigen.

3-012

**Jean-Claude Trichet**, *Präsident der Europäischen Zentralbank*. – Zu Ihrer ersten Frage: Wie ich bereits früher in dieser Anhörung gesagt habe, beobachten wir den Geldmarkt und seine Funktionsweise sehr aufmerksam. Ich habe mehrmals betont, dass der Rat und das Direktorium der EZB insbesondere sehr aufmerksam auf den Euribor und die Auswirkungen unserer eigenen Geldpolitik auf die Zinssätze schauen, die aktuell auf dem Geldmarkt erhoben werden. Von diesem Standpunkt aus muss ich sagen, dass das, was wir in den letzten Wochen hinsichtlich des Dreimonats-Euribor beobachtet haben, in die richtige Richtung geht, nämlich, dass dieser Zinssatz schrittweise fällt und sich unserer eigenen Vision eines Zinssatzes nähert, der dicht an unseren Leitzinsen liegt.

Also sehe ich von diesem Standpunkt aus einige Zeichen für Verbesserungen am Geldmarkt. Allerdings sollten wir wachsam bleiben, und wir wissen sehr gut, dass es insofern nicht so funktioniert, wie es sollte, insofern als die Banken aus verschiedenen Gründen immer noch zögern, wenn es um große Transaktionen zwischen ihnen geht.

Noch einmal: Im Hinblick auf den Euribor – und wir verfolgen diesen Index sehr aufmerksam – haben wir Fortschritte erzielt, und ich erwarte diese Fortschritte auch weiterhin.

Zum Zeitraum, der für die Wiederbelebung nötig ist: Obwohl ich sehr vorsichtig bin und nach Ansicht aller nationalen und internationalen Institutionen der Unsicherheitsfaktor sehr hoch ist, haben wir, wie erwähnt, weiterhin das Gefühl, dass nach 2009 – das wir eindeutig als ein Jahr des großen Abschwungs und massiver Probleme mit dem Wirtschaftswachstum ansehen – 2010 als das Jahr gesehen wird, in dem wir wieder positive Zahlen schreiben werden, als das Jahr der Erholung nach den schwierigen Jahren 2008 und 2009.

Diese Beobachtung scheint ebenso für die Wirtschaft der Eurozone gültig zu sein wie für die gesamte Weltwirtschaft. Beim Meinungsaustausch mit all meinen Kollegen aus den anderen größeren Systemökonomien – einschließlich der aufstrebenden Volkswirtschaften – schien stets das Gefühl vorzuherrschen, dass 2010 wie erwähnt das Jahr der Erholung der Weltwirtschaft und ebenso jeder einzelnen Volkswirtschaft sein würde, da wir nun synchronisiert sind: Natürlich, alle Märkte in der Welt, einschließlich derjenigen der aufstrebenden Volkswirtschaften, funktionieren zur Zeit synchron.

Also möchte ich das, was Sie gesagt haben, bekräftigen. In den letzten Jahren wurden der Umfang und der Preis des Risikos in unglaublichem Maße unterschätzt, und dies war die Wurzel der Turbulenzen und der Probleme, die wir nun haben. Allerdings könnte eine Unterschätzung der Fähigkeit der Weltwirtschaft, sich wieder zu erholen, ebenfalls einen unerwünschten Effekt haben, da in diesem Falle einige Institutionen – insbesondere private – den geeigneten Zeitpunkt für Neuinvestitionen verpassen könnten, die nötig sind, wenn die Erholung eintritt. Alle Entscheidungsträger und Unternehmensleitungen auf der ganzen Welt müssen sich darüber völlig im Klaren sein.

Wir beobachten ein Preisniveau für Öl, Rohstoffe und Energie, das sehr viel niedriger ist als zuvor. Wie ich in meinen einführenden Bemerkungen gesagt habe, hat dies desinflationäre und expansive Auswirkungen. Diese stecken sozusagen weltweit bereits in der Pipeline, und dies ist ein expansiver Aspekt. Selbstverständlich gibt es einige Aspekte, die weit weniger schmeichelhaft sind, aber dies ist einer der Gründe, warum es eine Erholung geben wird.

3-013

**José Manuel García-Margallo y Marfil (PPE-DE)**. – Herr Präsident, es hat sich eindeutig herausgestellt, dass die Wiederherstellung der Kreditsituation absolute Priorität hat. Ich möchte Ihnen drei Fragen stellen:

Gestern informierte uns Kommissar Almunia darüber, dass die öffentlichen Bürgschaften nur wenig genutzt werden, sogar in den zentralen Ländern des Systems. Er teilte auch mit, dass verschiedene Banken es vorziehen, Mittel bei der Europäischen Zentralbank zu hinterlegen statt sie an die Realwirtschaft zu verleihen. Meine Frage lautet: warum?

Die zweite Frage hängt mit dem Hinweis des Präsidenten auf die Richtlinie über Eigenkapitalausstattung zusammen. Es gibt eine immer lauter werdende Meinung, dass die Kapitalstärkung der Banken zum jetzigen Zeitpunkt prozyklisch wäre und damit nicht zu empfehlen. Dies stimmt mit dieser Meinung überein.

Und schließlich eine Anregung. Ich habe dies bereits mehrfach gesagt: Die Zentralbank verleiht kurz- und langfristig, wobei sechs Monate als langfristig angesehen werden. Diese Frist ist sehr viel kürzer als die Frist, zu der die Federal Reserve in den Vereinigten Staaten verleiht, nämlich für drei Jahre.

Es gibt viele Finanzinstitute, die mir gesagt haben, dass es gut wäre, wenn diese Laufzeiten verlängert würden, wobei man berücksichtigen sollte, dass sie langfristig verleihen müssen sowie auch Gewissheit und längere Fälligkeitsfristen benötigen, um den Kreditbedarf zu decken.

Ich würde gerne Ihre Meinung zu diesem Thema hören. Vielen Dank.

3-014

**Jean-Claude Trichet, Präsident der Europäischen Zentralbank.** – Wir beobachten sehr wohl Einlagen von Geschäftsbanken bei der EZB. Dies hängt damit zusammen, dass wir sehr darauf bedacht sind, systemische Liquiditätsrisiken zu vermeiden, so dass wir Geschäftsbanken in der Eurozone auf Monats-, Quartals- oder Halbjahresbasis unbegrenzt Liquidität zur Verfügung stellen. Es hängt ebenso damit zusammen, wie es schon ein Redner vorher erwähnt hat, dass die Banken selbst dazu tendieren, keinen aktiven Geldmarkt zu betreiben – auch wenn sich dieser schrittweise neu belebt –, sondern sich die Liquidität von der Zentralbank zu beschaffen, und falls zusätzliche Liquidität zur Verfügung steht, die von uns gebotene Einlagemöglichkeit zu nutzen.

Wie ich schon sagte, tun wir alles, was wir können, um diesen Geldmarkt neu zu beleben. Wir haben das Niveau der Euriborsätze, insbesondere der von mir erwähnten Dreimonatssätze, beobachtet, und es zeigt sich eine fortschreitende Belebung des Marktes, so dass wir zuletzt, und mit sofortiger Wirkung, entschieden haben, den Korridor zu verbreitern, was ein weiteres Mittel ist, das uns zur Verfügung steht, um zur Aktivierung der Geldmärkte beizutragen. Dies als Antwort auf Ihre erste Frage.

Zu Ihrer zweiten Frage: Ich denke, es ist sehr wichtig zu erwähnen, dass in der gegenwärtigen Lage nicht beabsichtigt ist, die Eigenkapitalanforderung zu erhöhen. Dies hätte prozyklische Wirkung, und ich habe bereits erwähnt, wie wichtig es ist, unter allen, und erst recht unter den aktuellen Umständen, nicht prozyklisch zu handeln. Einige Institutionen bilden Puffer, zusätzlich zur Eigenkapitalanforderung, um potentielle Verluste auffangen zu können, die sich ihrer Meinung nach in Zukunft einstellen werden.

Hier liegt die Sache anders. Es handelt sich nicht um eine Erhöhung der Eigenkapitalanforderung, und es ist umsichtiges Verhalten, die geeigneten Puffer zu haben, wenn sie nötig werden sollten, aber Ihre Frage ist sehr zweckdienlich. Es ist extrem wichtig, dass wir gerade jetzt, bei allen finanziellen Spannungen, aber auch in Zukunft, also langfristig, nicht prozyklisch handeln. Wie ich schon sagte, müssen wir uns dessen sehr bewusst sein. Dies ist völlig unabdingbar.

Mit Blick auf das, was die EZB tut, habe ich bereits gesagt, dass wir unbegrenzte Liquidität auf Wochen-, Monats-, Quartals- und Halbjahresbasis anbieten. Wir müssen dem Markt mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln helfen, wieder besser zu funktionieren, und ich muss betonen, dass wir, auch wenn manches als Zeichen einer schrittweisen Verbesserung gedeutet werden könnte, weiterhin außerordentlich wachsam bleiben müssen. Dies ist in jeder Hinsicht keine Zeit für Selbstzufriedenheit – deshalb bleibt die EZB sehr wachsam.

3-015

**Elisa Ferreira (PSE).** – Wir haben lange Zeit die Zinssätze angehoben, um die Inflationsrate zu bändigen, aber die Inflationsrate stieg weiterhin auf Grundlage der Spekulation auf den Weltmärkten. Nun senken wir den Zinssatz, um das Wachstum zu stimulieren, aber das Wachstum steigt nicht, da wir es mit einem Vertrauensproblem zu tun haben: Es fehlt an Vertrauen in die Märkte und an Vertrauen in die Zukunft. Ist dies deshalb nicht der richtige Moment, die Frage globaler zu stellen, ob wir die richtigen Ziele und die richtigen Instrumente haben? Dies ist ein langfristiges Problem.

Zweitens erwarten wir mittelfristig, dass sich die Dinge 2010 bessern, wie Sie schon erwähnt haben, aber wir können nicht vergessen, dass die Bank im Dezember 2008 für 2009 eine Wachstumssenkung von 0,5 % vorausgesagt hat und wir vorgestern die neue Prognose von -1,9 % erhielten, mit einer Abnahme der Beschäftigungsrate um mehr als 9 %. Auf der Konferenz am 15. Januar 2009 erwähnten Sie die Möglichkeit, dass die EZB „unkonventionelle“ Werkzeuge einsetzen könnte, um die Wirtschaft anzukurbeln. Könnten Sie Ihre Gedanken dazu bitte genauer ausführen?

3-016

**Jean-Claude Trichet, Präsident der Europäischen Zentralbank.** – Was Ihre erste Bemerkung angeht, stimme ich vollkommen mit Ihnen überein, dass Zuversicht und Vertrauen in der jetzigen Zeit entscheidend sind: Zuversicht und Vertrauen in private Institutionen und in Marktteilnehmer.

Mitte September haben wir eine wirklich außerordentliche Erfahrung gemacht. Wir befanden uns bereits in einer Zeit finanzieller Turbulenzen, und wir wissen dies besser als irgendjemand sonst, da wir den Start dieser Turbulenzen am 9. August 2007 beobachtet haben.

Sie werden sich erinnern, dass wir bestrebt waren, unseren Banken sehr hohe Kredite zur Verfügung zu stellen, um sicherzugehen, dass der Markt normal funktionieren würde: Es handelte sich um den enormen Betrag von 95 Milliarden Euro.

Nach der Periode dieser finanziellen Spannungen ereignete sich Mitte September etwas, was gleichzeitig die Zuversicht im öffentlichen Sektor, im privaten Sektor, in den Industrieländern und in den aufstrebenden Ländern rapide schwinden ließ. Es handelte sich um etwas sehr Einmaliges und sehr Großes.

Seit dieser Zeit haben wir unsere Zinssätze um 225 Basispunkte gesenkt, was zuvor noch nie da gewesen war. Eine Zinssenkung in einer solchen Geschwindigkeit und einer solchen Höhe innerhalb von drei Monaten war weder in der Eurozone noch in der Zeit vor dem Euro jemals beobachtet worden, nicht einmal seit dem Zweiten Weltkrieg, also handelte es sich dabei um ein außergewöhnliches Bündel von Entscheidungen, die getroffen wurden mit der Absicht, inflationäre Drücke, Bedrohungen und Risiken abzumildern.

Wir haben die Inflationserwartungen während dieser Zeit, in der wir gegen mögliche mittelfristige Inflationsrisiken gekämpft haben, korrekterweise niedrig gehalten; in dieser Inflationserwartungssphäre hielten wir die Ordnung aufrecht, und wir tun jetzt dasselbe. Wie ich unterstrichen habe, ist es sehr wichtig, dass die Inflation fest verankert bleibt, nämlich entsprechend unserer Festlegung unter oder nah an 2 %. Wenn Sie verstehen möchten, was wir tun, können Sie sehen, dass es das ist, was wir im Sinn haben.

Mittelfristig war bereits im Dezember auf Mitarbeiterebene zu hören, dass wir zwischen -1 % und 0 % lagen, also waren wir bereits im negativen Bereich. Der Rat hat zu dieser Zeit bereits geäußert, dass die Risiken hinsichtlich des Wachstums unklar seien. Ich war mir dessen im Namen des Rates im Dezember sehr bewusst.

Im Januar sagte ich, dass wir unsere Entscheidungen als gerechtfertigt betrachten, da sich nach meiner Meinung die europäische und die globale Wirtschaft weiter verlangsamten, was den Inflationsdruck weiter linderte. Wir müssen alles in unsere Macht Stehende tun, um eine Belebung der Finanzsphäre und der Realwirtschaft zu ermöglichen.

Ich habe erwähnt, dass wir ständig überlegt haben, was wir tun könnten, um auf Ereignisse zu reagieren, die offensichtlich sehr dringlich waren. Die Tatsache, dass wir unbegrenzte Liquidität bereitstellen, ist selbstverständlich per se ein unkonventionelles Verhalten für jede Zentralbank. Vor der Intensivierung der Spannungen war es undenkbar, dies dauerhaft zu tun.

Tatsache ist außerdem, dass unsere Bilanz beträchtlich gewachsen ist, womit ich meine, dass wir uns unter Berücksichtigung der Lage bemüht haben, Risiken auf uns selbst zu nehmen – auf weitaus höherer Ebene, als wir dies je zuvor getan haben.

Dies erwähne ich in diesem Stadium nur, um zu zeigen, dass die EZB – wie auch aus unseren früheren Maßnahmen hervorgeht, und immer unter Berücksichtigung unseres Mandats, fester Verankerung der Inflationserwartungen und Integrität unserer Geldpolitik – in der Lage ist, bei Bedarf Entscheidungen zu treffen, die zugegebenermaßen mutig sind. Wir denken weiterhin über die Situation nach. Ich kann dies im Augenblick nicht weiter spezifizieren.

3-017

**Robert Goebbels (PSE).** – Ich möchte Ihnen drei Fragen stellen, Herr Präsident. Zunächst einmal sagen Sie uns erneut voller Überzeugung, die EZB habe ihre Leitzinssätze deutlich gesenkt, nämlich um 225 Basispunkte. Diese Maßnahme wurde begrüßt. Man muss allerdings leider feststellen, dass die Banken sich sträuben, ihre Kunden in den Genuss dieser Zinssenkungen kommen zu lassen. Tatsache ist, dass die Banken ihre Gewinnspannen erhöhen, während das Geld für die Verbraucher, besonders für die Unternehmen, teuer bleibt. Was muss unternommen werden, damit die Realwirtschaft von den vorgenommenen Zinssenkungen profitieren kann?

Zweite Frage: Die EZB hat ihre Aufgabe auch erfüllt, indem sie den Handelsbanken Liquidität verschafft hat. Auf die Frage von Herrn García-Margallo haben Sie geantwortet, dass Sie derzeit eine leichte Erholung des Geldmarktes feststellen. Soll das bedeuten, dass die Anfragen der Banken nach Darlehen mit einem, drei oder sechs Monaten Laufzeit tendenziell zurückgehen?

Letzte Frage: In Ihrer Eröffnungsrede haben Sie an mindestens zwei Stellen gesagt, dass die Finanzkrise einen Einfluss auf die Realwirtschaft gehabt hat. Bedeutet das, dass die Banken in den Augen der Europäischen Zentralbank nicht Teil der Realwirtschaft sind, sondern einer irrealen, virtuellen Welt angehören?

3-018

**Jean-Claude Trichet, Präsident der Europäischen Zentralbank.** – Die Weitergabe der starken Zinssenkungen, die wir vorgenommen haben, an die tatsächlich angebotenen Zinsen ist in der Tat ein Dauerthema. Unsere Maßnahmen sind absolut transparent. Wir haben unsere Zinssätze um 225 Basispunkte gesenkt. Unser Zinssatz ist deutlich und offenkundig. Jeder sieht klar, zu welchem Zinssatz wir den Banken Geld beschaffen. Ich muss sagen, dass wir ständig auf die Banken zugehen, was die Regierungen und die jeweiligen Zentralbanken der einzelnen Länder sicherlich auch tun. Das gesamte Eurosystem hat einen ganz klaren Diskurs, der darin besteht, allen unseren Banken zu sagen: „Geben Sie die Zinssenkungen, die von uns beschlossen werden, tatsächlich genau so weiter.“ Wir sind nicht der Ansicht, dass in diesem Bereich alles getan wurde, und daher erscheinen mir Ihre Bemerkungen durchaus berechtigt, und diese Aufforderungen an die Banken müssen daher weitergehen. Man muss einfach ein bisschen aufpassen, denn man kann den Banken nicht vorwerfen, in der Vergangenheit völlig bedenkenlos Risiken auf sich genommen zu haben, und gleichzeitig von ihnen verlangen, jetzt alle möglichen und denkbaren Risiken auf sich zu nehmen. In einer Marktwirtschaft haben Banken die Funktion, die Risiken zu sichten, und diese wesentliche Funktion der Risikoauswahl der Banken muss respektiert werden, wenn wir sie noch einmal darin bestärken, so aktiv wie möglich bei der Finanzierung der Wirtschaft mitzuwirken. Alles, was die Zentralbank und

was die Regierungen unternommen haben, hat allein die Finanzierung der Wirtschaft selbst durch die Banken zum wesentlichen Ziel, die ja genau diese Aufgabe haben.

Zu Ihrer zweiten Frage: Die Anzeichen für eine allmähliche, langsame Erholung des Geldmarktes sehe ich, wie gesagt, ziemlich deutlich bei den üblichen Zinssätzen auf dem Geldmarkt und insbesondere bei den Euribor-Sätzen mit Laufzeiten von einem, drei bzw. sechs Monaten. Ich habe bereits mehrmals das Dreimonatsgeld erwähnt, das ein wichtiger Indikator für viele Darlehen in zahlreichen Märkten der Eurozone ist, in diesem Stadium sogar der wichtigste. Ich sehe mich außerstande, Ihnen zu sagen, dass es der Menge nach Anzeichen gibt, die ausreichend wichtig sind, um als wesentlich angesehen zu werden. Die Bemühungen laufen, und noch einmal: Wir sind extrem wachsam in diesem Bereich, weil es sich um ein wesentliches Ziel handelt.

Rein begrifflich ist es einfach, auf der einen Seite von Finanzwirtschaft und auf der anderen Seite von Realwirtschaft zu sprechen. Sie haben völlig Recht: Die Finanzwirtschaft ist absolut real, da besteht gar kein Zweifel, und daher bin ich genau wie Sie der Meinung, dass das wohl keine gute Aufteilung ist. Auf jeden Fall steht die Finanzwirtschaft an sich für eine Vielzahl an Arbeitsplätzen und die Finanzdienstleistungen – das wissen Sie besser als jeder andere in Ihrem Land – sind ein wesentlicher Teil der allgemeinen Wirtschaft. Es wäre also vielleicht angebrachter, ganz einfach von der Wirtschaft zu sprechen.

3-019

**Wolf Klinz (ALDE).** – Herr Präsident! In den letzten Tagen haben wir eine Horrormeldung nach der anderen bekommen – Royal Bank of Scotland, Lloyds, Deutsche Bank, Bank of America – Hiobsbotschaften ungeahnter Größenordnung. Sind die Zentralbanken, zusammen mit den Aufsichtsbehörden, imstande, uns zu sagen, ob das so weitergeht oder ob wir jetzt das Ende erreicht haben?

Zweiter Punkt: Wir haben in den einzelnen Mitgliedstaaten unterschiedliche Programme, um mit den Folgen der Rezession fertig zu werden oder sie zumindest abzumildern. Wir haben eine Mehrwertsteuersenkung in Großbritannien, wir haben Stilllegungsprämien für Automobile in Deutschland und Frankreich, wir haben Konsumgutscheine, wir haben Steuerentlastungen und so weiter. Sehen Sie nicht die Gefahr, dass bei den unterschiedlichen Ansätzen, die Divergenzen zwischen den europäischen Wirtschaften größer werden und sich damit auch die Spreads für Staatsanleihen eher vergrößern und nicht verkleinern, d.h., dass sich die Konvergenz reduziert?

Letzter Punkt: Verschiedene Währungen haben sich in den letzten Monaten gegenüber dem Euro abgeschwächt, das englische Pfund besonders stark – aber England hat ja nun auch besondere Schwierigkeiten, beispielsweise aufgrund der Hauskrise. Es hat sich aber auch die schwedische Krone abgeschwächt – um 15 % seit

August. Und hier die Frage meines schwedischen Kollegen: Wie erklären Sie, als Zentralbankchef, diese Entwicklung, und beunruhigt Sie sie?

3-020

**Jean-Claude Trichet, Präsident der Europäischen Zentralbank.** – Seit dem 9. August 2007, dem Tag, an dem wir auf Ratsebene entschieden haben, unseren Banken 95 Milliarden Euro auf 24-Stunden-Basis zu leihen, sind wir überzeugt, dass wir uns in einer Zeit befinden, die uns sehr viel abverlangt. Ich habe niemals gesagt, dass diese Zeit vorbei wäre. Diese Frage ist mir sehr oft gestellt worden. Ich würde sagen, dass wir weiterhin permanent wachsam bleiben müssen.

Ein entscheidender Moment in diesem erforderlichen Zustand der Wachsamkeit ereignete sich Mitte September, da sich mehr als ein Jahr nach dem Beginn der Turbulenzen die Spannungen wieder intensivierten, was nach außergewöhnlichen Entscheidungen verlangte, die von uns, von Schwesterinstitutionen im Zentralbankwesen und von Regierungen auch getroffen wurden.

Wie Sie sagen, gab es in verschiedenen Mitgliedsstaaten viele Programme. Ich möchte zuerst betonen, dass es für die Regierungen notwendig war, Maßnahmen zu ergreifen, um eine Verteidigungslinie gegen die, wie ich es nennen möchte, systemischen Solvenzrisiken zu errichten, nachdem wir unsererseits eine Verteidigungslinie gegen ein systemisches Liquiditätsrisiko errichtet haben. Aber dies ist ein fortschreitender Prozess, und es gibt eine Wechselbeziehung zwischen der Wirtschaft selbst und der Finanzsphäre, die wir auf beiden Seiten des Atlantiks am Werk sehen können, wie Sie sehr richtig bemerkt haben.

Wofür ich deshalb unter diesen Umständen plädiere, ist, dass absolut alle Aufsichtsstellen – seien es öffentliche oder private – so wachsam wie möglich bleiben sollen, um angemessene Entscheidungen treffen zu können. Für diese Entscheidungen bedarf es viel Urteilsvermögen, da es nicht genug ist, die dringlichsten steuerlichen Anpassungen vorzunehmen. Wenn Sie keinen Spielraum haben, verschlimmern Sie die Situation eher, als Abhilfe zu schaffen. Aus diesem Grund werden Sie nicht überrascht sein, von der Europäischen Zentralbank zu hören, dass der gesamte Spielraum im Stabilitäts- und Wachstumspakt liegt; es gibt keinen Spielraum außer diesem.

In jedem Fall ist dies nicht bloß eine rechtliche Überlegung: Sie erfolgt auch vor dem Hintergrund der Beobachtungen an den Finanzmärkten und, im ökonomischen Rahmen, des Ricardo-Effektes. Wenn Sie das Vertrauen in Ihren Haushalt und Ihr Unternehmen verlieren, wird, was auch immer Sie auf steuerlicher Seite tun, sofort durch diesen zusätzlichen Vertrauensverlust zunichte gemacht. Also handelt es sich um eine Frage des Urteilsvermögens, der Einhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspakts und der

Berücksichtigung verschiedener finanzieller und wirtschaftlicher Schranken.

Ich werde mich nicht zu schwankenden Währungen äußern. Wir können sehen, welches Verhältnis zwischen dem Euro und anderen Währungen besteht. Um auf die erste Frage zurückzukommen: Ich sage dazu nur, dass wir seit Beginn der Turbulenzen beobachtet haben, dass der Euro eindeutig als Schutz für 329 Millionen Menschen funktioniert hat.

3-021

**Alain Lipietz (Verts/ALE).** – Herr Präsident, das Ziel der Zentralbank ist in erster Linie, einen Anstieg der Preise von unter, aber etwa 2 % sicherzustellen. Derzeit entfernen wir uns aber zu sehr von diesem Ziel. Die Desinflation führt uns derzeit, wie Sie sagen, in die Nähe von 1,5 %. Man kann davon ausgehen, dass dieser Trend weitergehen wird. Es lässt sich feststellen, dass sich der Inflationsrhythmus derzeit, nach dem September, stärker verlangsamt als die Zinssätze der Europäischen Zentralbank sinken. Das heißt, dass die Realzinssätze gegenwärtig steigen, und Sie können sie natürlich nicht unter 0 % absenken. Was denken Sie also über die Vorhaben, die darauf abzielen, diesen Preisrückgang, diese Desinflation, über eine Senkung der Mehrwertsteuersätze zu beschleunigen, und wie können Sie in diesem Zusammenhang sagen, man müsse die Mechanismen zur Steigerung der Lohnerhöhungen in Frage stellen, weil sie den Preisanstieg beschleunigen würden, während doch der Eindruck herrscht, dass diese sinken?

Zweite Frage: Glauben Sie nicht, dass angesichts der Tatsache, dass die Pläne zur Wiederankurbelung der Wirtschaft, die bisher in der Bankenfront in Gang gebracht wurden, wie Sie mehrmals erwähnt haben, nicht zu einem Aufschwung der anderen Wirtschaftssektoren geführt haben, die Zentralbank besser eine Politik der direkten Refinanzierung der Preise in der Realwirtschaft verfolgen sollte, und zwar möglicherweise sogar über die Europäische Investitionsbank?

3-022

**Jean-Claude Trichet, Präsident der Europäischen Zentralbank.** – Unsere Definition von Preisstabilität liegt in der Tat bei knapp unter 2 %. Und als ich von einer soliden Verankerung der Inflationserwartungen gesprochen habe, dachte ich dabei an eine Rate von knapp unter 2 %. Unsere Hauptsorge während der Zeit der hohen Inflation – die bis auf 4 % anstieg, wie Sie sich erinnern werden – bestand vor allem darin, glaubwürdig für stabile Preise sorgen zu können. Diese Glaubwürdigkeit kann nur gewahrt werden, wenn wir in der Lage sind, die Inflationserwartungen abzuschätzen.

Wir haben die Verankerung der Inflationserwartungen von knapp unter 2 % beibehalten. Ein Wert knapp unter 2 % ist ein aktuelles Thema, denn in der Tat sehen wir eine merkliche Entlastung des Inflationsdrucks, aber derzeit muss ich sagen, dass die Inflationserwartungen

tatsächlich knapp unter 2 % bleiben. Dabei gibt es unter diesem Gesichtspunkt ganz wesentliche Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern. Wenn ich bestimmte Indikatoren betrachte, die wir zu Rate ziehen, insbesondere die von den indexierten und nicht indexierten Anleihen angezeigten Inflationswerte diesseits und jenseits des Atlantiks, befinden wir uns im Hinblick auf die Zinsvorgaben z.B. im Schnitt für die nächsten fünf Jahre in einer ganz anderen Situation als die USA.

Wenn wir solide Inflationsvorgaben übereinstimmend mit unserer Definition von Preisstabilität machen – wie ich eben gesagt habe –, dann ist die von uns beobachtete Desinflation positiv, denn sie bedeutet Kaufkraft für die Haushalte und ganz allgemein für die wirtschaftlichen Akteure. Wenn die Erdölpreise – und das ist ganz wichtig – und die Energiepreise überhaupt hoffentlich auf einem deutlich niedrigen Niveau bleiben als in der Vergangenheit, dann müsste die Inflation in der Eurozone weiter zurückgehen. In manchen Ländern können sogar negative Zahlen erreicht werden, die aber nicht unbedingt als schlecht angesehen werden sollten, da sie ganz im Gegenteil zur Steigerung der Kaufkraft und damit des Wachstums beitragen. Danach werden sie wieder steigen, weil all das mit Basiseffekten zusammenhängt. Mittelfristig müssen wir eine Inflation knapp unter 2 % anstreben.

Was das Handeln der Europäischen Zentralbank angeht, muss ich sagen, dass ich es sehr befürworten würde, wenn die Europäische Investitionsbank den Banken die Möglichkeit bieten würde, sich mittel- oder langfristige Geld zu beschaffen, um kleinen und mittelständischen Betrieben Kredite einräumen zu können. Diese Zielrichtung wurde, wie mir scheint, zu Beginn in Betracht gezogen, und ich halte sie unter den gegenwärtigen Umständen für absolut angebracht.

3-023

**Sahra Wagenknecht (GUE/NGL).** – Vielen Dank, Frau Vorsitzende! Zwei Fragen: Die eine Frage bezieht sich auf das schon mehrfach angesprochene Thema dieser doch offensichtlichen Diskrepanz zwischen der Zinspolitik der EZB und den Zinsen, die private Kreditnehmer im Euroraum tatsächlich bekommen. Herr Präsident, Sie haben vorhin gesagt, Sie appellieren an die Banken, dass sie doch die Zinssenkung weitergeben mögen. Aber es ist ja ganz offensichtlich erkennbar, dass diese Appelle keinen Erfolg haben. Wir erhielten in Deutschland vor kurzem erst Meldungen, dass auf der einen Seite die bekannte Situation herrscht, dass kleine und mittlere Unternehmen fast gar keine Kredite mehr bekommen. Auf der anderen Seite sind aber auch die Ratenkredite und Dispozinsen deutlich höher als vor einem Jahr. Meinen Sie nicht, dass in dieser Situation, wo so offensichtlich der Markt es nicht richtet, der Staat, der ja Milliarden in dieses Finanzsystem europaweit reinigt, vielleicht auch mal versuchen sollte, die Kreditbedingungen und auch die Zinsen zu regeln und dort mit einzugreifen.

Die zweite Frage bezieht sich auf Entwicklungen jenseits des Atlantik und deren Auswirkungen auf den Euroraum. Man hat ja doch den Eindruck, dass die Federal Reserve – anders als Sie das dargestellt haben – große Sorgen hinsichtlich einer Deflation hat. Das, was die Amerikaner zur Zeit machen, ist ja im Grunde nichts anderes als ein forciertes Anwerfen der Notenpresse, und zwar wirklich in unglaublicher Dimension. Nun glaube ich, dass man sicherlich auf diesem Weg Deflation möglicherweise verhindern kann. Aber was genauso sicher ist, ist, dass in dem Augenblick, wo die Krise möglicherweise überstanden ist, wo es eine wirtschaftliche Erholung gibt, eine sehr, sehr starke Inflation fast unvermeidlich ist. Man kann ja nicht ungestraft in solchen Größenordnungen Geld drucken. Man hat auch ein bisschen das Gefühl, dass die Amerikaner das vielleicht sogar als bewusste Strategie verfolgen, weil angesichts dieser gigantischen Verschuldung – private Verschuldung, Staatsverschuldung, Außenverschuldung – das ja eine elegante Lösung wäre, um irgendwann wieder bei Null anzufangen.

Teilen Sie die Ansicht, dass das möglicherweise sogar eine direkte Strategie ist? Zweitens: Wie kann man den Euroraum davon abkoppeln? Oder ist es Ihrer Ansicht nach überhaupt möglich, davon abzukoppeln, und überhaupt sinnvoll?

3-024

**Jean-Claude Trichet**, *Präsident der Europäischen Zentralbank*. – Wie ich gesagt habe, ist es sehr wichtig, dass die Entscheidungen, die wir treffen – und die seit dem Zweiten Weltkrieg hinsichtlich Größe und Geschwindigkeit der Zinssatzsenkung ohne Vorbild waren – in die Wirtschaft geleitet werden sollten. Ich stimme dem zu, was Sie gesagt haben. Es ist wichtig, und ich werde unseren Aufruf an den Finanzsektor erneuern, vollständig zu berücksichtigen, was wir entschieden haben.

Allerdings sollten wir dies nicht von einem gänzlich negativen Standpunkt aus sehen. Ich spreche gerade zu Europa-Abgeordneten aus Ländern, in denen insbesondere die Hypotheken in hohem Maße vom Dreimonats-Euribor abhängen. Es wurde eine hohe Abnahme des Dreimonats-Euribor beobachtet; dies sollte, unter Berücksichtigung der existierenden Verträge, normalerweise in die betreffenden Haushalte in diesen Ländern geleitet werden.

Sie haben die Ausstiegsstrategie erwähnt. Sie haben vollkommen Recht. Was immer wir heute tun – und das gilt für alle von uns, Zentralbanken auf der einen sowie ausführende Organe und Parlament auf der anderen Seite – sollte mit der klaren Vorstellung getan werden, dass es nur zeitlich begrenzt ist, dass es zielgerichtet ist und dass es zu einem bestimmten Moment in der Zeit passiert, aber wir brauchen eine Ausstiegsstrategie, sonst würden wir uns, wie Sie vorgebracht haben, in permanenter Schwankung zwischen dem Abwärtstrend des Zyklus und einem Boom befinden, der selbst das beste Rezept für zukünftige Probleme wäre.

Ich bin sehr einverstanden mit dem, was Sie gesagt haben. Wir müssen uns immer bewusst sein, dass das, was zählt, mittel- bis langfristige Stabilität ist. Dies gilt für die Zentralbank, aber auch für die Steuerpolitik. Es ist wahr, dass das, was wir am meisten brauchen, der wichtigste Bestandteil unter den gegenwärtigen Umständen, Vertrauen ist. Die Menschen werden kein Vertrauen haben, wenn sie sehen, dass wir langfristig nicht in einer nachhaltigen Position sind. Die Ausstiegsstrategie ist extrem wichtig.

3-025

**Eoin Ryan (UEN)**. – Dürfte ich kurz zurückkommen auf die Zinssätze und die Frage, ob die Banken sie weitergeben oder nicht?

Wir leben in einer Zeit, in der die Bürger Europas nach mehr Transparenz verlangen. Ich weiß, Sie sagen, dass Sie die Banken drängen, ihre Zinssätze zu senken, aber schreibt jemals irgend jemand die Banken an, um sie zu fragen, warum sie ihre Zinssätze nicht senken, und sie zu einer Erklärung zu bewegen? Ich denke, dass die meisten Bürger sich fragen, warum dies noch nicht geschehen ist. Es mag logische Gründe dafür geben, aber angesichts der Lage, in die uns viele Banken gebracht haben, ist es Zeit, dass sie uns vollständig erklären, warum sie diesen Vorteil nicht an die Bürger weitergeben.

Zum Bereich der Aufsicht sagen Sie, dass die langfristige Lösung hinsichtlich der strukturellen Aufsicht durch eine hochrangige Gruppe behandelt wird. Aber aus Ihrer persönlichen Sicht – und natürlich können Sie nicht darauf eingehen, worauf diese beruht –, in welcher Hinsicht sehen Sie diese Aufsicht als vorteilhaft an und in welchem Maße würden Sie gerne eine Rolle darin spielen?

Drittens: Denken Sie, dass es Zeit für ein umfassenderes Mandat der Zentralbank ist, damit Sie direkteren Einfluss auf die Ankurbelung der Wirtschaft in der Eurozone erhalten?

3-026

**Jean-Claude Trichet**, *Präsident der Europäischen Zentralbank*. – Noch einmal muss ich anmerken, da ich nicht den Eindruck erwecken möchte, dass ich die Veränderung im Umfeld im Hinblick auf Zinssätze für Haushalte, Wohnungswesen usw. unterschätze.

In allen Ländern, in denen sich Hypotheken nach kurzfristigen Zinssätzen richten, wird in den meisten Fällen der Dreimonats-Euribor oder in Gebieten, die eine andere Währung als den Euro haben, der Dreimonats-Libor als Index benutzt. Aus meiner Sicht ist dieser Index glücklicherweise beträchtlich gesunken, im Einklang mit unseren eigenen Erwartungen, Aufrufen und Entscheidungen.

So gibt es Bereiche, in denen die Umsetzung in einer relativ zufriedenstellenden Weise funktioniert hat. In

anderen Bereichen ist es weitaus komplizierter. Das Argument der Geschäftsbanken lautet gewiss sehr oft: „Aber Sie müssen die Risiken berücksichtigen, die wir mit der Vergabe neuen Kredits eingehen, und wir müssen die Integrität unserer Institution selbst gegen diese möglichen Risiken absichern“.

Dies ist komplex und wir sollten es nicht zu sehr vereinfachen. Dennoch muss ich – so wie Sie – sagen, dass wir sicherlich ein Höchstmaß an Transparenz verlangen würden. Wir profitieren immer von einem Höchstmaß an Transparenz, auch in diesem Bereich.

Im Hinblick auf die Bankenaufsicht würde ich sagen, dass wir als Präsident und Direktorium der EZB bereitstehen. Die Gründungsväter, die seinerzeit über den Vertrag von Maastricht verhandelten, erwähnten in Artikel 105(6) ausdrücklich die Möglichkeit zur Ausweitung unseres eigenen Mandats. Auf der Ebene des EZB-Rats haben wir immer gesagt, dass wir darauf setzen, dass eine enge Verbindung zwischen Zentralbank und Bankenaufsichtsbehörde wesentlich ist. Wir hatten immer das Gefühl, dass eine sehr strenge Trennung zwischen Bankenaufsicht und Zentralbankwesen nicht unbedingt eine gute Idee war. Wir machten dies publik, sodass ich Ihnen hiermit nichts Neues sage: wir erklärten dies öffentlich.

So werden wir sehen, wie diese in dem Vertrag enthaltene Möglichkeit genutzt werden wird. Der große Vorteil ist natürlich, dass er bereits ratifiziert worden ist. Es gibt eine ex ante Ratifizierung, die bereits erfolgt ist. Hierfür ist ein Entscheidungsprozess notwendig, der das Parlament – wie die Vorsitzende gesagt hat – einbezieht, und an das Einvernehmen zwischen den Regierungen appelliert, d. h. die Exekutive. Soweit ich hier persönlich betroffen bin, stehe ich bereit. Wie ich jedoch gesagt habe, gibt es noch keine Stellungnahme des EZB-Rats.

Hinsichtlich eines umfassenderen Mandats auf diesem Gebiet: ja, aber ich würde keine Änderung des Mandats der EZB im Hinblick auf die Währungspolitik befürworten. Wir haben einen Auftrag, mittelfristig für Preisstabilität zu sorgen, die eine Vorbedingung – eine Voraussetzung – für nachhaltiges Wachstum und Schaffung von Arbeitsplätzen ist.

Übrigens habe ich die Schaffung von Arbeitsplätzen im Laufe der ersten zehn Jahre des Euro neu berechnet. Ich habe Ihnen bereits gesagt, dass wir von diesem Standpunkt aus in den ersten zehn Jahren des Euro weitaus mehr Arbeitsplätze geschaffen haben als die Vereinigten Staaten von Amerika – was natürlich nicht heißen soll, dass die heutige Situation zufriedenstellend ist. Ich erwähne dies nebenbei; denn es muss bekannt werden.

3-027

**John Purvis (PPE-DE).** – Ich frage mich, ob Sie bei der EZB über den einsetzenden Trend zur Herunterstufung der Staatsschuld der Mitgliedstaaten besorgt sind und ob Sie über Krisenpläne für den Fall verfügen, dass dies in

Schwung kommt, sogar bis zur potentiellen Zahlungseinstellung oder gar dem Staatsbankrott von Mitgliedstaaten. Wenn die EZB bei ihren Maßnahmen beschränkt ist, weil sie zwar Währungshüterin ist, aber keine Steuerbehörde, sind Sie froh darüber, dass es einen Krisenplan auf EU-Ebene oder besser noch auf weltweiter Ebene gibt, um mit solchen Situationen fertig zu werden?

Sie haben in Ihrer Rede die Bedeutung des IWF betont. Sind Sie über den Fortschritt zur Umgestaltung des IWF zufrieden, damit dieser weltweit alle solche Risiken lösen kann?

Sie neigen dazu, gegen Wechselkurs-Politiken zu sein: Sie lassen die Dinge lieber einfach floaten und konzentrieren sich auf Preisstabilität soweit der Euro betroffen ist. Aber glauben Sie – jetzt wo andere Währungen abdriften und der Eurozone vielleicht Wettbewerbsprobleme bereiten können –, dass es irgendeine Art einer koordinierten weltweiten Struktur geben sollte, um zu versuchen, die Wechselkurse zu konsolidieren und zu stabilisieren?

3-028

**Jean-Claude Trichet, Präsident der Europäischen Zentralbank.** – Als Antwort auf die erste Frage ist Ihnen bekannt, dass unsere Position immer ganz eindeutig war: Die Regierungen sind für ihre Finanzpolitik verantwortlich. Sie müssen sich an den Stabilitäts- und Wachstumspakt halten.

Sie werden sich daran erinnern, dass wir einmal unter enormem Druck standen, den Stabilitäts- und Wachstumspakt aufzugeben. Ich erinnere mich, dass dies keineswegs die Position dieses Parlaments war: Das Parlament war darüber nicht glücklich. Ich muss Ihnen sagen, dass wir uns selbst gesagt haben: Wir befinden uns in einem einheitlichen Währungsraum, der Stabilitäts- und Wachstumspakt ist Bestandteil der WWU. Der Pakt ist das erste ‘W’ in der WWU. Wir stehen für das zweite ‘W’. Das erste ‘W’ ist in erster Linie der Stabilitäts- und Wachstumspakt.

Ich würde sagen, dass die Regierungen verantwortlich bleiben. Sie müssen alles Notwendige unternehmen, um mit der Situation fertig zu werden. Ich habe bereits gesagt, dass es nicht nur der Stabilitäts- und Wachstumspakt ist, der den Regeln zugrunde liegt, die sie befolgen sollen: Diese werden ebenso – und darauf nehmen Sie Bezug – von den Finanzmärkten und dem Ricardo-Effekt beeinflusst, der das Vertrauen in die jeweilige Volkswirtschaft bestimmt.

Ich halte mich daran, und ich zähle auf die Kommission und den Rat, um auf eine überzeugende Art und Weise Aufsicht unter Gleichen auszuüben. Nachdem ich dies ausgeführt habe, bin ich nicht besonders besorgt: Ich habe schon gesagt, dass die Vorstellung, die den Euroraum oder den Euro in Frage stellt, meiner Einschätzung nach für das tatsächliche Problem vollkommen irrelevant ist. Die Herausforderung lautet,

eine Anzahl von Regierungen wieder zu einer nachhaltigeren Politik zu bringen: Dies ist eine traditionelle, langwierige Herausforderung.

Im Zusammenhang mit dem IWF sagte ich sehr deutlich, dass ich denke, dass die Kontrollfunktion oder der Auftrag des IWF viel stärker betont werden sollte, er sollte ausgeweitet werden, weil wir auf diesem Gebiet einen sehr starken IWF benötigen. Sicherlich würde ich bereits Gesagtes wiederholen – nicht für Europa im Besonderen und sicherlich nicht für die Eurozone, sondern für die ganze Welt –, nämlich dass der IWF in der Lage sein muss, mit Situationen fertig zu werden, die es verlangen; und ich muss sagen – wenn man das berücksichtigt, was besonders in den schnell wachsenden Volkswirtschaften getan worden ist – der IWF ist bereits sehr aktiv.

Zur Wechselkurs-Politik habe ich nichts hinzuzufügen.

3-029

**Die Vorsitzende.** – Manche Dinge ändern sich, manche bleiben wie sie sind.

3-030

**Kurt Joachim Lauk (PPE-DE).** – Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Monsieur Trichet, ich habe drei kurze Fragen. Eine wurde im Grunde schon gestellt. Ich möchte das aber nochmals präzisieren.

3-031

Der Kreditgraben zwischen Griechenland und Irland auf der einen Seite sowie Deutschland und den Niederlanden auf der anderen Seite wird innerhalb der Eurozone immer tiefer. Betrachten Sie dies als eine Gefahr für den Euro und wie viel Spannung kann der Euro aus- und standhalten?

Zweitens findet derzeit eine lebhafte Diskussion über eine globale „Bad Bank“ statt. Sehen Sie dies als eine mögliche internationale Lösung für die Krise der Zahlungsfähigkeit? Wie würden Sie eine solche Bank strukturieren? Oder, um es Ihnen vielleicht einfacher zu machen: Wie würden Sie eine solche Bank nicht strukturieren?

Meine dritte Frage betrifft den Derivatemarkt. Wir haben ein beträchtliches Volumen an Derivaten. Wenn dieser Markt kollabiert, wird er meiner Meinung nach zu groß sein, um gerettet werden zu können. Die Frage lautet: sehen Sie derzeit ein Risiko, dass der Derivatemarkt zahlungsunfähig wird oder in beträchtliche Gefahr gerät? Noch weiter gehend: Wären Sie dafür, dass Derivate an Börsen – entweder im außerbörslichen Handel oder im offenen Handel – gehandelt werden sollen?

3-032

**Jean-Claude Trichet, Präsident der Europäischen Zentralbank.** – Die erste Frage betrifft die Vielfalt der Eurozone. Wir haben bereits seit Anbeginn der Eurozone mit dieser Beobachtung gelebt. Es gibt einen unterschiedlichen Konvergenzgrad, eine unterschiedliche Wachstumsrate, eine unterschiedliche Inflationsrate und eine unterschiedliche Entwicklung solcher Kennzahlen. Von Anfang an haben wir dies sehr sorgfältig beobachtet; wir haben es mit den Vereinigten Staaten von Amerika verglichen und dabei festgestellt, dass eine solche Diversität in einem riesigen kontinentalen Wirtschaftsgebiet nichts Ungewöhnliches ist. Wir haben beobachtet, dass die Standardabweichung beim Wachstum, die Standardabweichung der Inflation, sogar Unterschiede bei den Lohnstückkosten, in den Vereinigten Staaten von Amerika nicht anders als in Europa aussehen – von Bundesstaat zu Bundesstaat in den USA und von Land zu Land hier.

Worauf Sie anspielen ist die steuerliche Situation in einer Reihe von Ländern. Ich muss sagen, dass es derzeit in allen Ländern Schwierigkeiten gibt, und das ist der Grund, weshalb ich gesagt habe, dass die Ausstiegsstrategie für alle wichtig ist. Sie haben vier Länder angesprochen; ich würde sagen, dass selbst für die zwei Länder, die wir für Vorbilder für richtiges Verhalten halten, die Ausstiegsstrategie noch wichtig ist!

Ich würde sagen, dass es völlig klar ist, dass wir die Regierungen und Parlamente in allen Ländern so verantwortlich wie möglich machen müssen. Ich würde keineswegs sagen, dass dies etwas ist, was die Eurozone oder den Euro in Frage stellt. Doch ich würde schon sagen, dass es ein zusätzliches Argument – und zwar ein sehr starkes Argument – ist, das wir ihnen gegenüber vorbringen können, weil wir dies von Anfang an gesagt haben. Von Anfang an haben wir gesagt: Sie sind verantwortlich, es gibt kein Bailout, Sie sind verantwortlich und Sie müssen sich entsprechend verhalten.

Der Stabilitäts- und Wachstumspakt ist kein abstraktes, in der Luft hängendes System, wie es vor nur drei oder vier Jahren einige Leute – Sie werden sich daran erinnern – ausdrückten. Nein, er ist ein sehr wichtiges Bezugssystem und wir müssen uns der Tatsache bewusst sein, dass er auf einem sehr soliden finanziellen und wirtschaftlichen Unterbau beruht.

Aber nach dieser Feststellung bin ich zuversichtlich, dass der Druck der Umstände und der Realität das seine leisten wird.

Ich bin nicht der Meinung, dass eine weltweite „Bad Bank“ ein geeigneter Ansatz wäre. Ich glaube, Sie haben vollkommen recht, wenn Sie sagen, dass im Bereich der Derivate, wo wir eine Explosion der Nominalwerte erlebt haben – ich beziehe mich auf alle Derivate, aber insbesondere auf die Credit Default Swaps (CDS) – wir

uns der Tatsache bewusst sein müssen, dass hier Risiken vorhanden sind. Sie sind bereits identifiziert worden.

Ich selbst habe dies regelmäßig erwähnt; es wird auch in allen mir bekannten Berichten zur Finanzstabilität einschließlich des EZB-Finanzstabilitätsberichts erwähnt. Es ist wichtig, die gegenwärtigen Initiativen des Hauptgegensparts zu unterstützen. Ich würde nicht sagen, dass sie alle Probleme lösen werden, aber dies ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, und wir unterstützen dies voll.

3-033

**Margaritis Schinas (PPE-DE).** – Herr Präsident, in diesem Zusammenhang ist Ihnen bekannt und Sie haben es kürzlich selbst erlebt, dass es eine Vielzahl von Gerüchten, Kritiken und Spekulationen aus der eurokritischen Ecke gibt, die den Euro angreifen und dabei auf den Spread abzielen. Sie lassen dabei keinerlei Zweifel daran, worauf sie es wirklich abgesehen haben, nämlich auf den Euro.

Mein Land, Griechenland, stand in diesem Zusammenhang besonders in der Schusslinie, und gestern hat Herr Almunia, der sich gegenüber diesem Ausschuss sehr eindringlich gezeigt hat, auf eine Frage unserer Vorsitzenden ganz richtig geantwortet, dass wir alle im gleichen Boot sitzen. Was Sie soeben zum Ausdruck gebracht haben, hat auch er gesagt: „*Im confident. I'm not worried*“ und noch hinzugefügt „Was getan werden muss, muss getan werden“, aber in der Eurozone; es geht es nicht darum, auf externe Hilfsmittel oder auf internationale Organisationen zurückzugreifen, und wir werden, wie er gesagt hat, uns nicht auf das Spiel der ewigen Eurogegner und der Rating-Agenturen einlassen, die mit der Finanzkrise bereits sahen, wie sich der Eisberg der Titanic näherte, aber in Wahrheit nichts gesehen und nichts unternommen haben und jetzt plötzlich feststellen, dass Länder wie Spanien oder Griechenland Probleme haben. Ich würde nun gerne, obwohl Sie bereits geantwortet haben, eine etwas gezieltere Bestätigung von Ihrer Seite bekommen.

3-034

**Jean-Claude Trichet, Präsident der Europäischen Zentralbank.** – Ich kann nur all das bestätigen, was ich gesagt habe, und was Ihr Land und möglicherweise andere Länder betrifft, so meine ich, dass die Verantwortung für eine nachhaltige und langfristig überzeugende Politik auf Haushaltsebene und auch bezüglich der relativen Wettbewerbsfähigkeit der Produktionsstückkosten ganz eindeutig bei Athen liegt.

Das ist ganz wichtig und entspricht der Botschaft, die wir selbst immer wieder ohne Unterschied an sämtliche Länder der Eurozone gerichtet haben.

Die Stabilität der Eurozone steht also zu keiner Zeit in Frage. Wäre der Euro nicht stabil, dann sähe das anders aus, das dürfte jedem klar sein. Ich würde sagen, dass derzeit alle Währungen eine wirklich schwierige Situation durchmachen, das steht außer Frage, das ist

offensichtlich und das gilt für alle Währungen der Welt, die ich kenne. Ich möchte hier niemanden gesondert nennen, aber jeder wird sich wiedererkennen. Also: Jeder muss sich seiner eigenen Verantwortungen bewusst sein und dementsprechend handeln. Das sagen wir immer wieder.

3-035

**Ieke van den Burg (PSE).** – Mit Interesse habe ich Ihren entschlossenen Aussagen zur Aufsicht zugehört, und ich begrüße die Tatsache, dass es innerhalb der EZB jetzt deutlich ein Nachdenken über ihre Rolle auf der Grundlage von Artikel 105(6) des Vertrags gibt.

Ich neige jedoch dazu, ein wenig anderer Meinung zu sein über das, was Sie über das Forum für Finanzstabilität (FSF) gesagt haben, über die weltweite Ebene – dass das FSF über alle relevanten und wichtigen Behörden und Institutionen verfügt –, weil ich den Eindruck habe, dass es nur ein Teil der Finanzwelt ist, nämlich derjenigen, die mit der Bankbranche zu tun hat. Eines der Elemente der Krise war es, dass zahlreiche Probleme gerade außerhalb des Bankwesens aufgetreten sind, im Derivatebereich, der hier erwähnt worden ist, der manchmal als Schattenbankbranche bezeichnete OTC-Markt.

So glaube ich, dass es wichtig ist, Finanzmarktfachleute nicht nur in ein weltweites System, sondern auch in ein europäisches Aufsichtssystem einzubeziehen. Dies ist der Grund, weshalb ich Sie frage, ob Sie die Rolle der EZB als eine Exklusivrolle sehen, oder sind Sie der Auffassung, dass sie Teil eines umfassenderen Systems sein sollte, in dem diese Finanzmarktexperten ebenfalls präsent wären?

3-036

**Jean-Claude Trichet, Präsident der Europäischen Zentralbank.** – Ich habe nicht vergessen, was Sie vor mehreren Monaten vorgeschlagen haben, und dies behalten wir im Hinterkopf.

In Bezug auf das FSF: Das FSF ist der informelle Zusammenschluss, der nicht nur den Baseler Ausschuss umfasst – der übrigens unter dem Vorsitz des Präsidenten der niederländischen Zentralbank steht –, sondern auch die internationale Vereinigung der Versicherungsaufsichtsbehörden, ebenfalls die Wertpapieraufsichtsbehörden der Welt, den IWF, die Weltbank, den Ausschuss für internationale Standards der Rechnungslegung, die Finanzministerien, die Zentralbanken, sodass es in der Tat ein informeller Zusammenschluss ist, in dem meiner Einschätzung nach alle vertreten sind, die genau dazu in der Lage sind, eine Synthese in der von Ihnen vorgeschlagenen Weise auf den Weg zu bringen.

Ich stimme Ihnen vollkommen zu. Die regulierten Geschäftsbanken sind mitnichten das ganze Problem, dagegen hat das FSF alles im Blick. Das FSF muss verbessert werden, insbesondere dadurch, dass es sich erweitert. Dieser Prozess ist im Gang, aber er ist

unvermeidlich, wenn Sie berücksichtigen, dass er sowohl die Regierungen als auch die internationalen Finanzinstitutionen und -gremien umfasst, die von der Politik weitgehend unabhängig sind wie etwa der Baseler Ausschuss oder andere solcher Ausschüsse zuzüglich der Zentralbanken selbst.

Aus meiner Sicht ist dies tatsächlich ein informeller Zusammenschluss, der dazu in der Lage ist, auf Expertenebene die zweckmäßige Marschroute zu bestimmen; dann liegt es an der strategischen Weitsicht und politischen Energie, die ich vorhin erwähnt habe, die Umsetzung der Reform unabhängig von den Interessengruppen zu ermöglichen.

3-037

**Ieke van den Burg (PSE).** – Ich wollte nur anmerken, dass ich meine, dass Vertreter der Zentralbanken alleine nicht das ganze Feld abdecken, das uns Sorge bereitet. Dies ist auch für die europäische Diskussion bedeutsam, weil wir auch den Wertpapiersektor, das Versicherungswesen und dort stattfindende Dinge einbeziehen müssen, weil wir gesehen haben, dass dies auch systematisch relevant ist.

3-038

**Jean-Claude Trichet, Präsident der Europäischen Zentralbank.** – Nein, Sie haben recht, aber die Zentralbanken sind nichtsdestotrotz in ihrer eigenen Stellung einzigartig. Die Tatsache, dass sie keine Privatinteressen verfolgen, dass sie per Gesetz, durch die Verfassung, dazu verpflichtet sind, für eine mittel- und langfristige Stabilität zu sorgen, macht sie zu etwas Einzigartigem. Wenn ich mir alle Institutionen weltweit ansehe, waren bei den derzeitigen Vorgängen die BIZ – die sozusagen das Allerheiligste der Zentralbanken ist – und die Zentralbanken selbst die klarsichtigsten Analysten. So sind sie meiner Meinung nach im Hinblick auf die Wahrung einer Sensibilität für mittel- und langfristige Stabilität ohnegleichen.

3-039

**Antolín Sánchez Presedo (PSE).** – Danke, Frau Vorsitzende. Ich habe drei Fragen:

Herr Purvis hat es bei dem Thema der Wechselkurse angesprochen und Sie wollten zu dieser Frage keinen Kommentar abgeben; aber Bretton Woods, das erste Abkommen, führte Vereinbarungen zur Währungsstabilität ein. Wird diese neue Weltfinanzarchitektur unter diesem Gesichtspunkt nichts vorsehen? Sind Sie der Auffassung, dass dies nichts mit dem Finanzsystem zu tun hat? Dies wäre die erste Frage, vor allem wenn man über Protektionismus spricht.

Die zweite Frage ist: Ich hätte mich darüber gefreut, wenn Ihr Hinweis auch einen Unterton, eine Erwägung zu den globalen Finanzen gehabt hätte. Die Finanzkrise hat wahrscheinlich das Problem der Armut verstärkt; und die am wenigsten entwickelten Länder, die nicht schnell wachsen, haben sie mit der größten Härte zu

spüren bekommen. Deshalb glaube ich, dass eine Struktur, die versuchen soll, die Probleme der globalen Finanzen anzugehen, diese Überlegung anstellen müsste. Die europäische Vorgehensweise müsste dazu beitragen, ich glaube, nur G-20 und das Forum für Finanzstabilität (FSF) sind unzureichend.

Es gibt eine G-192, und eine offener Formel müsste ins Auge gefasst werden.

Und die dritte Frage lautet: Wenn die Liquidität die Reibung zwischen aktiven und passiven Bewegungen ist, warum gewährt die US-amerikanische Federal Reserve ihren Finanzinstituten eine sechs Mal längere Frist? Haben die europäischen Finanzinstitute vielleicht ein sechs Mal niedrigeres Liquiditätsrisiko als die US-amerikanischen?

3-040

**Jean-Claude Trichet, Präsident der Europäischen Zentralbank.** – Zur ersten Frage habe ich bereits gesagt, dass ich keinen besonderen Kommentar zum Wechselkurs abzugeben habe.

Um es ganz deutlich zu machen, lassen Sie mich nur sagen, dass wir dies innerhalb der G7 zwischen den am stärksten floatenden Währungen (wie Sie besser als jeder sonst wissen) diskutiert haben, und wir haben Kommunikés herausgebracht, die den Konsens zwischen den Beteiligten, genauer gesagt den Zentralbanken und den Regierungen, bewahren. Wir haben auch Botschaften herausgegeben – wie wir das in der Vergangenheit getan hatten – und wir beharren sicherlich auf den Botschaften, die wir an einige aufstrebende Volkswirtschaften gesandt haben, wo wir dachten, dass wir ihnen etwas mitzuteilen hatten, insbesondere China. Ich erwähne das nebenher. Dies ist wie wir vorgehen. Erwarten Sie nicht von mir, dass ich von dem G7-Konsens auf diesem Gebiet abrücke.

Was die weltweite Finanzierung und Armut angeht, stimme ich Ihnen vollkommen zu. Es ist ganz klar, dass diese am wenigsten entwickelten Länder, die weder Energie noch von der Weltwirtschaft bevorzugte Rohstoffe hervorbringen, vor einigen Monaten in einer sehr schwierigen Situation steckten. Lassen Sie mich dennoch nur erwähnen, dass der Preisrückgang für Erdöl und Energie im Allgemeinen in einigen Fällen deren Pain geringfügig gelindert hat, selbst wenn sie unter Druck stehen und selbstverständlich einen sehr hohen Preis für die weltweite wirtschaftliche Abschwächung zahlen.

Man könnte immer sagen, dass die G20 nicht die Gesamtheit der Weltwirtschaft vertreten – dies ist vollkommen richtig. Die G20 ist ein informeller Zusammenschluss, wo es zu einem Heranreifen eines Konsenses über eine Anzahl wichtiger Punkte kommen kann. Nach der Asienkrise spielte er eine sehr wichtige Rolle. Als Prozess zum Heranreifen von Konzepten wird er gerade jetzt sicherlich eine wichtige Rolle spielen.

Aber dann muss der normale, offizielle Entscheidungsvorgang durchlaufen werden. Soweit der IWF betroffen ist, läuft der Prozess im institutionellen Rahmen des IWF ab, und dort sind alle Länder als solche im Internationalen Währungs- und Finanzausschuss oder im Gouverneursrat vertreten. Dies ist die Art und Weise, wie das System funktioniert, aber Ihre Frage war außerordentlich wichtig.

Im Hinblick darauf, was wir leisten: Noch einmal, wir waren die erste Zentralbank der Welt, die die Verpflichtung zur Dreimonats-Refinanzierung hat. Mit Dreimonats- und Sechsmontats-Refinanzierung tun wir Dinge, an die vor der Turbulenz nicht einmal gedacht wurde. Worauf Sie anspielen sind Sondergeschäfte mit Kauf von handelbaren Wertpapieren, Direktkäufe von handelbaren Wertpapieren durch die US-Zentralbank. Dazu gebe ich keinen Kommentar ab. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt vertrauen wir darauf, dass wir uns darauf nicht einlassen sollten. Aber, wie gesagt, wir sind ständig auf der Hut.

3-041

**Margarita Starkevičiūtė (ALDE).** – Viele Jahre lang sind Sie für Strukturreformen in unwirtschaftlichen Wirtschaftsbranchen eingetreten. Im Augenblick haben wir eine sehr leistungsschwache Wirtschaftsbranche, die riesige Verluste einfährt: das Bankwesen. Sind Sie der Auffassung, dass es erforderlich ist, gewisse Strukturreformen im Bankwesen der Eurozone und in großen grenzüberschreitenden Bankgruppen durchzuführen? Der ehemalige Präsident der US-Zentralbank, Herr Volcker, kam mit Vorschlägen, wie man das Investment- von dem Privatkundengeschäft trennen könnte und zahlreichen Vorschlägen zur Strukturreform im Bankwesen. Sind Sie der Auffassung, dass wir in Europa auch Vorschläge solcher Art haben sollten?

3-042

**Jean-Claude Trichet, Präsident der Europäischen Zentralbank.** – Wie ich gesagt habe, müssen wir jeden Teil des weltweiten Finanzsystems, und sicherlich unser eigenes Finanzsystem, ohne Selbstgefälligkeit in den Blick nehmen. Das Funktionieren der Marktwirtschaft wird auf jeden Fall umfangreiche Neustrukturierungen und Umgestaltungen des Gewerbes auslösen. Wir haben beobachtet, dass dies geschieht, und es ist sicherlich absolut notwendig. Wir müssen nicht nur dabei helfen, dass die zweckmäßige Umgestaltung und Neustrukturierung in die richtige Richtung läuft; Sie haben recht, wenn Sie sagen, dass dieses Gewerbe sich viel angemessener benehmen muss.

Wir selbst müssen Regeln, Regelungen und Aufsicht ändern und verbessern. Ich habe noch nicht die Befugnis, im Namen des EZB-Rats diesen Bericht zu kommentieren, den wir gerade sehr sorgfältig erörtern.

Die Trennung zwischen Investment- und Geschäftsbanken war eine sehr USA-spezifische Trennung, und Sie haben gesehen, wie diese Trennung

vor unseren Augen misslungen ist, ohne dass ein Beschluss gefasst wurde, weil sich erwies, dass es unter den gegenwärtigen Umständen überhaupt nicht zweckmäßig war.

In Europa gibt es ein anderes Bankkonzept, mit nicht so strenger Trennung zwischen den beiden und mit Banken, die im Allgemeinen beide Aktivitäten betreiben – eine Investmentbank-Tätigkeit und eine Geschäfts- und Privatkundenbank-Tätigkeit –, was als vielleicht besseres Konzept angesehen wurde. Eindeutig vertraue ich darauf, dass es das bessere Konzept ist, wenn wir die Entwicklungen in den Vereinigten Staaten, in Europa und im Rest der Welt sehen. Wir werden weiterhin sehr aktiv weiterarbeiten.

Aber noch einmal: Wie ich bereits gesagt habe ist dies eine globale Diskussion, eine globale Überlegung und wir müssen sehr mutige Wege finden, um sicher zu sein, dass die Marktwirtschaften nicht so zerbrechlich sind und genügend Belastbarkeit aufweisen. Diese Situation darf sich nicht wiederholen. Dies ist ein Test mit hohem Anspruch. Wir müssen tatkräftig den richtigen Weg finden, um dies zu verhindern, indem wir die geeigneten Vorkehrungen und Puffer in der Weltwirtschaft einführen, damit sie viel belastbarer wird.

3-043

**Zsolt László Becsey (PPE-DE).** – Ich habe eine kurze Frage im Zusammenhang mit dem Beitritt der Slowakei zur Eurozone. Wie lautet Ihre erste Einschätzung? Glauben Sie, dass es dem Binnenmarkt, den vier Freiheiten, helfen wird, stärker zu werden? Glauben Sie – unter Berücksichtigung in erster Linie der Freizügigkeit der Arbeitnehmer und der Einführung der Dienstleistungs-Richtlinie –, dass wir eine positive Auswirkung sehen werden?

Meine zweite und Hauptfrage lautet wie folgt: Wie glauben Sie kann die Europäische Zentralbank nicht zur Eurozone gehörenden Mitgliedstaaten bei deren aktuellen Problemen der Zahlungsliquidität im Krisenfall durch verschiedene Vereinbarungen helfen? Dies ist etwas, was uns sehr stark betrifft. Glauben Sie, dass in Krisensituationen etwa ein System zur Blockade des freien Kapitalverkehrs zwischen Tochter- und Mutterunternehmen vielleicht auf der Ebene der Europäischen Union eingeführt werden sollte?

Meine dritte Anmerkung ist, dass ich hoffe, dass die Union die derzeitigen Zahlungsprobleme der nicht der Eurozone angehörenden Mitgliedstaaten lösen kann und dass wir eine Situation, wie sie in der vergangenen Woche mit dem IWF entstanden ist, vermeiden können, als Herr Dominique Strauss-Kahn in einem EU-Mitgliedstaat, in Ungarn, auftrat und sich so benahm, als wäre er ein Statthalter oder der neue Premierminister. Dies ist eine sehr gefährliche Situation, die wir versuchen sollten zu vermeiden.

3-044

**Jean-Claude Trichet, Präsident der Europäischen Zentralbank.** – Im Zusammenhang mit der Slowakei kann ich nur sagen, dass der Übergang außerordentlich gut verlaufen ist. Die technischen Vorbereitungen waren fehlerlos und die gesamte mir vorliegende Information – die ich umgehend erhalte, weil wir aktiv an diesem Übergang beteiligt sind – ist viel versprechend. Ich bin sicher, dass die Slowakei zu einem Erfolg werden wird. Übrigens ist es sehr eindrucksvoll zu sehen, dass nur zehn Jahre nach Einführung des Euros, mit dem Beitritt der Slowakei, nunmehr 16 Länder zur Eurozone gehören.

Wie Sie wissen, haben wir eine Beziehung zu den nicht der Eurozone angehörenden Ländern, einschließlich Ihres Heimatlandes, und hierzu werde ich mich nicht näher auslassen. In einigen Fällen bestand der Eindruck, dass es nützlich war, einen engen Kooperationsweg mit der Zentralbank zu haben, und in anderen Fällen schien es so, dass dies nicht erforderlich war. Doch wir werden weiterhin in engem Kontakt zu allen betroffenen Zentralbanken in der Europäischen Union stehen.

Was den IWF betrifft, nehme ich zur Kenntnis, was Sie gesagt haben. Wie Sie wissen, ist in einigen Fällen die Gegenwart des IWF von der Regierung des betreffenden Landes für nützlich erachtet worden. Nach diesen Ausführungen nehme ich an, dass Kommissar Almunia alles gesagt hat, was er über den Beitrag der Europäischen Union durch die Einrichtung, welche die Kommission und der Rat auf den Weg gebracht haben, sagen konnte. Dies sind auch wichtige Beiträge, die innerhalb der Europäischen Union geleistet werden können. Aber ich nehme Ihre Anmerkung zur Kenntnis.

3-045

**Astrid Lulling (PPE-DE).** – Frau Vorsitzende, Herr Präsident! Wir sind hier – meistens allein – dabei, eine Vielzahl von Richtlinien zu überarbeiten, um den Aufbau der Finanz- und Bankenkontrolle in Europa neu zu gestalten. Wenn diese auch nicht die Ursache allen Übels ist, wird sie doch nicht gerade gestärkt aus den Ereignissen, die uns bekannt sind, hervorgehen.

Wir stehen hier vor einer Herausforderung, denn wir müssen rechtzeitig Entscheidungen treffen, ohne genau zu wissen, wo es langgehen soll. Anders ausgedrückt, wir arbeiten wie Handwerker ohne Architekten. Sie können sich demnach vorstellen, welcher Gefahr das Endergebnis ausgesetzt ist. Während Ihre Institution gestärkt aus diesen turbulenten Monaten hervorgeht, weil sie zumindest das Gesicht wahren konnte, können andere – ich will hier keine Namen nennen – das nicht von sich behaupten.

Ich würde gerne von Ihnen wissen, ob Sie es für möglich halten, dass die Europäische Zentralbank ihren Zuständigkeitsbereich insbesondere auf die Aufsicht und Kontrolle erweitert. Viele maßgebliche Stimmen stehen einer solchen Entscheidung positiv gegenüber. Es bleibt allerdings noch ein großes Problem: Was tun mit den Ländern außerhalb der Eurozone? Das ist meine zweite Frage.

Und schließlich meine dritte Frage: Haben Sie keine Lust, sich um die Rating-Agenturen zu kümmern? Denn diese Verantwortung zu delegieren, erstaunt mich im Moment etwas.

3-046

**Jean-Claude Trichet, Präsident der Europäischen Zentralbank.** – Ich bin mir der Komplexität der Situation durchaus bewusst und verstehe auch Ihre Anmerkungen zu den von Ihnen vorgebrachten Schwierigkeiten. Dabei finde ich Ihr Bild von den Handwerkern, die versuchen, ihre Arbeit so gewissenhaft wie möglich auszuführen, denen jedoch, wenn ich das richtig verstanden habe, die Pläne des Architekten fehlen, sehr aussagekräftig.

Zum Thema Aufsicht habe ich genau gesagt, wo wir uns derzeit befinden, und hier wird noch einiges überdacht: Ihre Überlegungen im europäischen Parlament und die Überlegungen des Ausschusses, dem Jacques de Larosière vorsitzt. Auch wir selbst arbeiten daran, die Fragen, die an uns herangetragen werden, zu beantworten. Es gibt tatsächlich ganz klar einen möglichen Weg, der in gewisser Weise von den Autoren des Maastrichter Vertrages vorgezeichnet wurde und der bereits von allen Parlamenten und Nationen gebilligt wurde, bei denen die Ratifizierung per Volksentscheid bereits stattgefunden hat.

Das alles ist also schon vorhanden, und wenn wir darüber nachdenken, dann in dem Wissen, dass wir uns schon immer für eine enge Beziehung zwischen der Zentralbank und der Bankenaufsichtsbehörde eingesetzt haben.

Was die Rating-Agenturen angeht, so haben wir bereits viele Zuständigkeiten, vielleicht warten noch mehr auf uns... Das ist ein wichtiges Thema, über das nachgedacht wird. Es ist offensichtlich, dass wir uns bezüglich dieses Punktes ganz wesentlich verbessern und – das möchte ich hier nochmals betonen – eine transatlantische Einigung erreichen müssen, denn wir sind Teil eines globalisierten Systems und es ist ganz wichtig, Lösungen zu finden, die auf beiden Seiten des Atlantiks gleich und auf keinen Fall widersprüchlich sein dürfen. Auf jeden Fall haben Sie da ein sehr wichtiges Thema angesprochen.

3-047

**Pervenche Berès (PSE).** – Herr Präsident! Ich möchte Ihnen gerne ein paar Fragen stellen. Ich bin mit Frau Lulling einer Meinung, dass wir ohne Architekten bauen, um noch einmal ihr Bild zu verwenden. Das ist übrigens auch der Grund dafür, dass wir gerade einen Vorschlag abgelehnt haben, der uns zur verantwortungsbewussten Führung des IASB gemacht wurde. Ich denke, Sie teilen diese Auffassung.

Aber wir sind uns gerade mit einem äußerst wichtigen Richtlinienentwurf zum Bankenbereich beschäftigt, nämlich der CRD-Richtlinie, zu der wir übrigens immer noch auf die Stellungnahme der Zentralbank warten. Ich

halte es für wichtig, diese im Laufe der Prüfung dieses Dokumentes vorliegen zu haben. Ich habe das Gefühl, dass wir hier gleichzeitig ohne Architekten und auf etwas veraltete Weise arbeiten, weil man uns immer gesagt hat, dass die Überarbeitung der CRD notwendig sei, um der bilanzexternen Finanzierung, den Aufsichts- und den Liquiditätsproblemen Rechnung zu tragen. Ich möchte noch ergänzen, dass man dabei vielleicht auch die Probleme mit den CDS und sogar des Kapitalbedarfs für die Hedge Funds berücksichtigen sollte. Warum nicht, wenn man nach einer intelligenteren Annäherung an die Finanzmärkte sucht? Was denken Sie über diesen Gesetzesentwurf, mit dem wir uns beschäftigen und zu dem wir uns auf jeden Fall noch ganz schnell vor Ende dieser Amtszeit äußern sollen?

Sind Sie bezüglich des G20-Treffens auch der Meinung, dass das, was im letzten Quartal passiert ist, im Grunde sehr gut war, außer dass man auf volkswirtschaftlicher Ebene etwas mehr hätte tun können? Sie haben auf das Problem der Aufsicht hingewiesen. Ich glaube, wenn wir diese Krise überstehen, ohne etwas gegen ihre grundlegende Ursache getan zu haben, nämlich das weltweite Ungleichgewicht, dann sind wir keinen Schritt weiter. Man sieht ja heute, dass starker Druck auf die Vereinigten Staaten ausgeübt wird, damit sie Pläne zur Wiederankurbelung der Wirtschaft in die Wege leiten. Diese werden aber nicht das Problem des weltweiten Ungleichgewichts lösen, das selbst die Ursache für diese Turbulenzen auf den Finanzmärkten war. Teilen Sie diese Auffassung?

3-048

**Jean-Claude Trichet, Präsident der Europäischen Zentralbank.** – Wir arbeiten zurzeit sehr aktiv an unserer Stellungnahme zu der Kapitalanforderungsrichtlinie (CRD) und werden sie Ihnen in Kürze zukommen lassen. Ich möchte Sie nur auf einen Punkt hinweisen. Wie wir eben gesagt haben, befinden wir uns derzeit mitten in einer weltweiten Diskussion darüber, was man tun sollte, um die richtigen Lehren aus den aktuellen Ereignissen zu ziehen, und diese Diskussionen laufen im Rahmen des Baseler Ausschusses, innerhalb des Forums für Finanzmarktstabilität.

Es gibt ein weltweites Finanzsystem, und die aktuellen Erfahrungen zeigen mehr denn je, wie wichtig es ist, das Finanzsystem als Ganzes zu managen, weil es sonst jederzeit und an jedem Ort zu einem Crash kommen kann. Diese Richtlinie kommt also unweigerlich zu einem Zeitpunkt, an dem wir eigentlich noch nicht fertig sind – und man sollte auf keinen Fall die falschen Schlüsse aus der gegenwärtigen Lage ziehen. Daher sollte man zumindest wissen, dass man dies alles noch einmal gründlich überprüfen muss. Ich erwähne dies nur nebenbei, und es gilt natürlich auch für die andere Seite des Atlantiks. Es gilt überall. Die Globalisierung des internationalen Wirtschafts- und Finanzsystems geht soweit, dass sie uns alle vor ständige Anpassungsprobleme stellt.

Was das G20-Treffen betrifft, so teile ich Ihre Auffassung ganz und gar, aber noch einmal: Wie gerade schon gesagt, ist die entscheidende Institution zur Ausübung einer maßgeblichen Kontrolle mit der echten Möglichkeit, Dinge zu ändern, der Internationale Währungsfonds, der seine makroökonomische und makrofinanzielle Aufsicht aus einer neuen Machtstellung heraus ausüben würde. Klar ist auch Folgendes: Wenn alle unsere Anstrengungen nur dazu führen, dass wir wieder zu dem vorherigen Status Quo mit den gleichen Defiziten und den gleichen inneren und äußeren Ungleichgewichten zurückkehren, dann werden wir uns in genau der gleichen Situation wiederfinden und leider auch wieder vor neuen Problemen stehen. Darum ist es sehr wichtig, dass es uns gelingt, die gesamtwirtschaftliche Aufsicht auf internationaler Ebene deutlich zu stärken. Ich kann mir kaum eine andere Institution als den IWF vorstellen, um diese Aufgabe effizient und effektiv durchzuführen.

3-049

**Mariela Velichkova Baeva (ALDE).** – Wenn man unter den aktuellen Umständen die Temperatur der Wirtschaft misst, wird man, welche Politik man auch einschlägt – sei es eine auf Inflation oder Deflation ausgerichtete –, keine schnellen Ergebnisse erhalten. Heutzutage ist die Tendenz der Konjunkturdämpfung alarmierender. Glauben Sie, dass die nachlassende Geldmenge eine dramatische, positive Auswirkung auf die Beschäftigung haben wird?

Könnten Sie einen kurzen Kommentar zum Wachstumspotential der neuen Volkswirtschaften in Mittel- und Osteuropa vor dem Hintergrund der weltweiten Konjunkturabschwächung abgeben?

3-050

**Jean-Claude Trichet, Präsident der Europäischen Zentralbank.** – Ihre Frage ist sehr sachdienlich und von großer Wichtigkeit. Wie ich bereits gesagt habe, leben wir weltweit in einem Umfeld, das von Ungewissheit geprägt wird. Dies müssen wir berücksichtigen und auf diese Ungewissheit vorbereitet sein. Nach dieser Vorbemerkung haben wir das Gefühl, dass 2009 – so wie die Kommission vor kurzem sagte – sowohl auf der ganzen Welt als auch auf europäischer Ebene offensichtlich schwierig wird. Die Erholung sollte 2010, nach einem schwierigen 2009, stattfinden.

Was wir tun sollten, ist Inflationserwartungen zu stabilisieren, indem wir dieses Stabilitätselement für die Marktteilnehmer einführen und somit das Vertrauen bestärken, dass sie über einen soliden Anker verfügen, auf den sie sich verlassen können. Die Senkung der Zinssätze, die am stärksten zur Minderung des Inflationsrisikos beitrug, ist ebenfalls ein Beitrag zu nachhaltigem Wachstum und zur Schaffung von Arbeitsplätzen.

Im Hinblick auf die Schaffung von Arbeitsplätzen waren die ersten zehn Jahre des Euro ein großer Erfolg – und ich sage dies nicht, um die Schwierigkeit der heutigen

Zeit zu unterschätzen. Vom Standpunkt der Beschäftigung aus befinden wir uns in einer schwierigen Zeit, wir sollten in jeder Beziehung unzufrieden sein, wir dürfen nicht selbstgefällig sein; aber zehn Jahre lang, wenn man den Vorteil eines ausreichend langen Zeitraums hat, war das, was wir getan haben, eindrucksvoll, und um konkreter zu werden, glaube ich, dass meinen neuesten Berechnungen zufolge wir mindestens 3,6 Millionen Arbeitsplätze mehr als unsere Schwestervolkswirtschaft jenseits des Atlantiks geschaffen haben, die ungefähr die gleiche Einwohnerzahl hat.

Hinsichtlich des Wachstumspotentials der neuen Mitgliedstaaten der Europäischen Union glaube ich, dass ihr mittel- und langfristiges Wachstumspotential nicht beeinträchtigt ist. Sie haben ein beeindruckendes Potentialniveau. Natürlich sind sie von der Dämpfung der Weltwirtschaft, und vor allem der europäischen Wirtschaft, betroffen, aber wenn sie die absolut notwendigen Strukturreformen und die entsprechenden makroökonomischen Politiken weiterhin umsetzen, werden sie sicherlich weiter aufholen und sehr erfreuliche Resultate erzielen.

Schließlich sollten Sie nicht vergessen, dass der Preis für Erdöl und die wichtigsten Rohstoffe jetzt viel niedriger ist. Als er sehr hoch war, wirkte er als Wachstumsbremse; wir zahlen jetzt einen sehr hohen Preis für dieses außerordentlich hohe Niveau der Energiepreise. Nun geht ihr Effekt in die andere Richtung. Selbst wenn es ein wenig dauert, bis dies spürbar wird, ist es ein Element, das wir nicht unterschätzen sollten.

3-051

**John Purvis (PPE-DE).** – Sehen Sie irgendeine Wahrscheinlichkeit für einen Wandel jenseits des Atlantiks aufgrund der heute die Amtsgeschäfte übernehmenden Regierung, sei es auf der Ebene der Fed oder der US-Regierung?

3-052

**Jean-Claude Trichet, Präsident der Europäischen Zentralbank.** – Im Hinblick auf die Ebene der Fed sehe ich, dass das Open Market Committee unverändert bleibt und der Präsident der Fed weiterhin derselbe ist. Wir haben ein sehr gutes Verhältnis. Ich schätze das Verhältnis, das wir zur Federal Reserve haben, enorm. Ich habe eine Reihe wichtiger Entscheidungen erwähnt, die von der EZB getroffen worden sind: Wir trafen auch mit der Fed einen gemeinsamen Beschluss, genauer gesagt, die Tatsache, dass wir auf dieser Seite des Atlantiks Liquidität in US-Dollar bereitstellen, was in der Tat Ausdruck einer außergewöhnlich innigen Beziehung ist.

Was die politischen Entscheidungsträger in den Vereinigten Staaten von Amerika betrifft: wir werden sehen, natürlich. Es ist klar, dass dieser Regierungswechsel sehr bedeutsam ist, aber ich erwarte, dass die Vereinigten Staaten von Amerika weiterhin ihre

Rolle bei der Definition ihrer eigenen Sicht sowie ihrer eigenen Vorstellungen und Prinzipien spielen werden.

So müssen wir darauf vorbereitet sein, auf globaler Ebene weiterhin sehr eng zu kooperieren und alle Lehren aus dem zu ziehen, was beobachtet worden ist. Es ist wahr, dass die Vereinigten Staaten in jüngster Zeit eine sehr wichtige Rolle gespielt haben und spielen. So ist es überaus wichtig, dass wir weiterhin ein so inniges Verhältnis wie möglich mit der neuen Regierung haben, um alle Lehren zu ziehen, einschließlich der Überwachung makroökonomischer Politiken.

3-053

**Pervenche Berès (PSE).** – Herr Präsident, wenn wir heute den Maastrichter Vertrag schreiben müssten, müsste man nicht bei den Zielen der Währungspolitik das Thema der Stabilität der Finanzmärkte aufnehmen?

Jeder glaubt, dass die Zentralbank nach dem Ende dieser Krise wahrscheinlich mehr Zuständigkeiten im Bereich der Aufsicht und Kontrolle haben wird. Zu den Ländern außerhalb der Eurozone gilt es, eine Brücke zu bauen. Aber auf jeden Fall werden Sie mehr Macht haben. Nun befinden wir uns bereits in einer Situation, in der das erste „W“ der WWU aus dem Gleichgewicht geraten ist. Was sollten wir Ihrer Meinung nach tun, um das erste „W“ zu stärken, damit das Ganze in etwa ausgeglichen bleibt?

Und meine letzte Frage betrifft das G20-Treffen. Ich finde, dass allzu häufig vergessen wird, wie wichtig der Kampf gegen Steuerparadiese ist. Was ist Ihre Meinung zu diesem Thema und wie glauben Sie, dass man mit der neuen amerikanischen Regierung auf diesem Gebiet vorankommen kann?

3-054

**Jean-Claude Trichet, Präsident der Europäischen Zentralbank.** – Was Ihre erste Anmerkung angeht, würde ich sagen, dass alle Zentralbanken der Welt glauben, dass sie eine Verantwortung im Bereich der finanziellen Stabilität tragen, was nicht bedeutet, dass diese Verantwortung die Währungspolitik an sich ändern muss. Die Argumentation der Zentralbanken auf der ganzen Welt – und aller ihrer Schwesterinstitutionen – geht in die Richtung, dass eine mittelfristig glaubwürdige Preisstabilität ein sehr wichtiges Element und eine notwendige Voraussetzung für die Finanzmarktstabilität ist, die zwar allein nicht ausreicht, aber doch notwendig ist. Es gibt darum keinen Widerspruch zwischen einem besonderen Augenmerk auf der finanziellen Stabilität und der Vorgabe stabiler Preise, die alle inflationssteuernden Institutionen und auch wir selbst haben.

Alle Zentralbanken, die ich kenne, geben Berichte über die Finanzmarktstabilität heraus. Auf diese Weise beziehen sie Stellung und geben eine Einschätzung der Situation mit allen Risiken und Gefahren, gegen die sie sich schützen müssen, ab. Dasselbe tun wir. Im Übrigen muss ich sagen, dass alle Zentralbanken als Institutionen

in ihrem Land bzw. in ihrer Währungszone, in ihrem politischem Verbund bzw. ihrem Verband als Träger einer besonderen Verantwortung für die finanzielle Stabilität angesehen werden.

3-057

*(Die Sitzung wird um 12.30 Uhr geschlossen.)*

Ich halte diese Frage wirklich für sehr wichtig. Ich bin nicht sicher, ob der Vertrag einer Änderung bedarf. Auf jeden Fall wäre das Ändern eines Vertrages heute natürlich nicht so einfach. Daher bietet Artikel 105 Absatz 6 den großen Vorteil, dass er bereits vorab ratifiziert wurde. Einige unter uns wissen, was das bedeutet.

Was Ihre letzte Frage zu den Steuerparadiesen angeht, erscheint mir der Begriff „Steuerparadies“ zu eng gefasst. Wir denken eher an jene Finanzplätze, die die weltweiten Regeln zur bedachtsamen Aufsicht, zur Stabilität der Finanzmärkte, zur Transparenz der Institutionen, der Finanzinstrumente und der Märkte nicht einhalten und die sich nicht an die Normen des Kampfs gegen Geldwäsche und gegen die Finanzierung von Terrorismus, die auf der Ebene der internationalen Gemeinschaft definiert wurden, halten. Das ist alles, was wir darunter verstehen.

Ich muss sagen, dass wir unsererseits sehr für die Verstärkung der weltweiten Anwendung dieser Regeln sind. Gleichzeitig müssen aber auch auf beiden Seiten des Atlantiks die gleichen Konzepte gelten, denn sonst befinden wir uns in einer völlig unorganisierten Welt. Dies gilt natürlich auch für all diese Finanzplätze. Der Begriff „Steuerparadies“ ist ein etwas komplexer Begriff, weil es sogar innerhalb Europas und der Eurozone unterschiedliche Steuersysteme gibt. Ich glaube, dass man sehr umsichtig bei der Einschätzung dieser Finanzplätze vorgehen muss, die unserer Meinung nach die heute weltweit geltenden Regeln der Aufsicht, Transparenz, Aufrichtigkeit und Integrität befolgen müssen.

3-055

**Die Vorsitzende.** – Vielen Dank, Herr Präsident, für diesen lebhaften und wichtigen Austausch in diesem historischen Augenblick der Wirtschafts- und Währungsunion.

Am 30. März werden wir uns zur letzten Sitzung des Währungsdialogs im Rahmen dieser Legislaturperiode treffen, und vielleicht können wir dann Bilanz über den Ablauf dieses Währungsdialogs ziehen. Auf jeden Fall, vielen Dank für Ihre Teilnahme heute und bis zum 30. März.

3-056

**Jean-Claude Trichet, Präsident der Europäischen Zentralbank.** – Ich bin jetzt schon traurig bei dem Gedanken, dass wir Ende März unser letztes Treffen haben. Ich weiß zwar nicht, wie Sie den Währungsdialog mit der Zentralbank beurteilen werden, aber die Zentralbank ihrerseits schätzt diese Gelegenheiten zum Austausch mit Ihnen sehr.